Dienstag, 3. Dezember 2013
Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Hans Peter Michel
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 118 Mitglieder entschuldigt: Berther (Disentis/Mustér), Blumenthal
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

Standespräsident Michel: Ich ersuche Sie Platz zu nehmen, damit wir pünktlich beginnen können. Bun di, buongiorno, guten Morgen, ich begrüsse Sie zum zweiten Sessionstag. Wir sind steckengeblieben beim Bericht der Regierung, 7.2 Tourismusprogramm Graubünden 2014-2021. Das ist auf Seite 68. Da gibt es einen Rückweisungsantrag von Grossrat Jaag. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Grossrat Parolini.

Jahresprogramm 2014 und Budget 2014 (Budget-Botschaft 2014) *(Fortsetzung)*

Budget 2014 (Budget-Botschaft S. 37 ff.)

Grosser Rat, Regierung, allgemeine Verwaltung und Departemente

Detailberatung *(Fortsetzung)*

BERICHT DER REGIERUNG

Verpflichtungskredite; Tourismusprogramm Graubünden 2014-2021 (Budget-Botschaft 2014, S. 58) *(Fortsetzung)*

Parolini: Nach verschiedenen Voten der Redner von gestern hatte man das Gefühl, dass die seit acht Jahren laufende Tourismusreform gar nichts gebracht hätte. Kritisieren ist gut und recht, vor allem vor den Wahlen. Aber ich frage mich schon, ob einzelne Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren überhaupt etwas bezüglich den Änderungen im Tourismus mitbekommen haben. Ich jedenfalls habe grosse Änderungen miterlebt und dies an vorderster Front. Meine Interessensbindungen sind folgende: Ich bin seit 2 Jahren im VR der Engadin Scuol Samnaun Val Müstair, seit 14 Jahren im VR der Bergbahnen Motta Naluns, seit 13 Jahren im VR des Bogn Engiadina Scuol und seit 12 Jahren Präsident der Eishalle Gurlaina und nicht zuletzt langjähriger Gemeindepräsident. Zudem bin ich auch noch Präsident der ITG. Wenn Kollegin Stiffler sich beklagt, dass immer noch verschiedene Marken in Graubünden existieren, dann frage ich Sie, wie viele Marken es vor acht Jahren gab? Ja, es existieren heute tatsächlich noch verschiedene Marken. Die grössten Destinationen haben weiterhin ihre eigene Marke. Das ist ihr gutes Recht. Aber es sieht bereits bedeutend besser aus als vor acht Jahren. Der gemeinsame Brand ist mit der Marke graubünden gegeben. Diese Marke hat uns allen genutzt, alle können davon profitieren, wenn sie wollen. Und sie hat auch bereits viel gebracht. Der Bekanntheitsgrad des graubünden Logos und der beiden Steinböcke ist sehr hoch im Vergleich zu allen Mitbewerbern. Es haben sich zudem in den letzten Jahren nicht zuletzt dank Unterstützung des Kantons verschiedene DMOs und RTOs gebildet. Ich bin überzeugt, dass wir ohne Unterstützung des Kantons mit der Destinationsbildung nicht so weit wären. Wenn die Destinationen St. Moritz Oberengadin und Davos Klosters, die als erste am asiatischen Markt interessiert sein sollten, erst vor wenigen Jahren wieder auf diese Märkte gesetzt haben, dann ist sicher nicht der Kanton dafür verantwortlich. Mit Unterstützung des Kantons aber bearbeiten diese beiden Destinationen nun auch diesen Markt und versuchen da gegenüber dem Wallis, Bern und der Innerschweiz, also ihren Nachteil, ihren Wettbewerbsnachteil aufzuholen.
Kollege Kunz verkennt meiner Meinung nach immer noch die Komplexität der Tourismusbranche mit den vielen Playern. Es ist nicht so einfach, die Player, d.h. auch alle Profiteure und Nutzniesser der touristischen Wertschöpfung in einer Destination, zur Zusammenarbeit zu zwingen. Vor allem wenn es um Netzwerkstrukturen und Zusammenarbeitsformen zwischen privaten und öffentlichen Institutionen geht. Da kann der Staat eine wichtige Funktion spielen. Bei einer Dienstleistungsunternehmung in einer anderen Branche oder einer Industrieunternehmung ist es etwas anderes. Da wäre ich auch skeptisch bezüglich Wirtschaftsförderung in Form solcher Programme, wie wir sie im Tourismus haben. Aber im Tourismus mit so vielen, teilweise kleinen Playern, ist es sinnvoll und leider nötig, aktiv zu werden. Oder soll der Kanton nach dem Nein zu Olympia, dem Ja zur Zweitwohnungsinitiative, dem Verlust der Logier-

nächte in den letzten 15 Jahren, die Hände in den Schoss legen und nichts machen? Die Herausforderungen sind nach wie vor sehr gross. Der Markt und das Umfeld verändern sich rascher und intensiver als früher. Die Konkurrenz schläft nicht. Mit dem Koordinationsprogramm 14-21 versucht die Regierung den einzelnen Destinationen und den anderen wichtigen Partner im Tourismus ein Instrument in die Hand zu legen, um vorwärts zu kommen. Von Seiten der FDP habe ich bisher in Sachen Tourismus noch keine konstruktiven Vorschläge gehört. Sie hat sich aber vor allem zur Neinsager-Partei entwickelt. Bei der Olympiavorlage wären viele bürgerliche Grossräte, auch ich, aber auch solche, die jetzt grosse Skeptiker dieses Kooperationsprogrammes sind, ohne Weiteres bereit gewesen, viel höhere Kredite für die verschiedenen Teilprojekte zu sprechen. Und dies ohne alle Details zu kennen. Und nun wollen diese Skeptiker vielleicht sogar eine Botschaft, wenn möglich mit vielen Gesetzesartikeln, bei der die Regierung bis ins letzte Detail aufzeigen soll, welche Projekte unter welchen Bedingungen unterstützt werden sollen. Dass die Sozialdemokraten dies wollen, erstaunt mich nicht. Aber dass die Liberalen das Gleiche wollen. Ich bin auch kein Freund von zu vielen Konzepten, Papieren und auch nicht von vielen Tourismusräten und Tourismusdirektorenkonferenzen. Wenn Ihr aber diese beiden Gremien nicht wollt, stellt sich die Frage, ob es besser ist, wenn nur das Amt für Wirtschaft und Tourismus die Gesuche beurteilt und dem Departement respektive der Regierung einen Antrag formuliert. Das Amt muss nicht für die Branche denken, Kollege Kunz, nein. Die Destinationen oder andere Projektträger entscheiden, welche Projekte sie lancieren wollen. Ich bin auch nicht begeistert von allen Punkten, die in diesem Programm erwähnt sind. Mit guten Projekten von Seiten der Destinationen werden wir aber einen wichtigen Schub dem Tourismus geben können. Die Zielsetzungen dieses Programms sind meiner Meinung nach bekannt. Es steht geschrieben, die Wettbewerbsfähigkeit des Bündner Tourismus stärken, die Marktposition ausbauen, Mehrwerte durch Kooperationsprojekte, Destinationen und Standorte weiter profilieren und zum Funktionieren bringen. Dass das Hauptziel, das Oberziel, sein muss, mehr Logiernächte und vor allem mehr Wertschöpfung im Tourismus, ist für mich klar. Vom Amt und vom Departement erwarte ich andererseits, dass sie bei der Umsetzung sehr pragmatisch vorgehen und keine Papier- und Formularflut produzieren und verlangen, um Gesuche zu bewilligen. Geschätzte Damen und Herren, nach Olympia war man sich an sich einig, dass andere Projekte in kleineren Dimensionen folgen und umgesetzt werden müssen. Wer den vorliegenden Verpflichtungskredit ablehnt, ist in der Verantwortung, konkrete Alternativen aufzuzeigen. Bisher hat man solche noch nicht präsentiert. Stets nein zu sagen ist keine zukunftsorientierte und verantwortungsvolle Politik und damit keine Lösung. Ich bitte um Zustimmung.

Lorez-Meuli: Mit einigem Erstaunen habe ich der gestrigen Diskussion zugehört. Die Bedeutung des Tourismus für den Kanton Graubünden ist wohl unumstritten. Die touristischen Leistungsträger erwirtschaften eine Wertschöpfung von mehr als einer Milliarde Franken. Dabei ist nicht zu vergessen, dass neben dem Gastgewerbe und den Bergbahnen auch der Personenverkehr, sprich die RhB, massiv vom Tourismus profitiert. Ebenfalls generieren auch nachgelagerte Dienstleistungserbringer wie das Immobilienwesen, die Banken und auch das Baugewerbe über 20 Prozent ihrer Wertschöpfung durch den Tourismus. Wir kämpfen in den Randregionen mit Abwanderung. Der Tourismus bietet gerade in diesen Regionen Arbeitsplätze, direkt in der Erbringung von Dienstleistungen oder in den nachgelagerten Bereichen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wollen wir eine flächendeckende, wirtschaftliche Weiterentwicklung in unserem Kanton? Der Tourismus ist ein Standbein. Die Agglomeration hat viele Beine, ist quasi ein Tausendfüssler. Wir in den Tälern gleichen eher einem Steinbock. Verliert dieser ein Bein, quält er sich durch den Sommer. Beim ersten harten Winter wird er nicht überleben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir im Kanton Graubünden neben Tausendfüsslern auch noch ein paar Steinböcke? Ich liebe Steinböcke und deshalb werde ich den Verpflichtungskredit unterstützen.

Felix: Gestern Abend haben wir aus den Reihen der FDP der Reihe nach einen scharmanten, einen eloquenten und einen stadtpräsidialen Tourismusverriss zur Kenntnis nehmen können. Meine Damen und Herren, so grottenschlecht wie uns die FDP gestern das weismachen wollte, war unsere Tourismuspolitik in der Vergangenheit nicht. Das Machbare orientierte sich allerdings an den vorhandenen Rahmenbedingungen. Mein Vorvorredner hat das ausgeführt. Ausser dem Totalverriss ist uns die FDP gestern leider ein Rezeptbuch der zielführenden Optionen schuldig geblieben. Eine von Ruedi Kunz geforderte kantonale Strategie dürfte jedenfalls nicht zu den zielführenden Rezepten gehören. Strategien sind dort zu entwickeln, wo nachgelagert die Handlungsoptionen zu deren Umsetzung angesiedelt sind. Das heisst bei den Destinationen und den Tourismusakteuren vor Ort. Der Kanton verfügt nicht über operative Handlungsoptionen zur Umsetzung einer Strategie. Es dürfte auch kaum zielführend sein, wenn der Grosse Rat im Sinne von Grossratskollege Marti über einzelne Angebote oder Leistungspakete diskutiert und diese frei gibt. Bis wir in diesem Rat einen Konsens finden, was hier angesagt und opportun ist, dürften die Kundenbedürfnisse bereits auf der nächsten Welle surfen. In diesem Sinne ist der Vorschlag der Regierung pragmatisch. Die Kreativität zur Entwicklung von neuen Angeboten verbleibt in den Destinationen und ist in die dortigen Strategien eingebunden. Der Kanton prüft und plausibilisiert innovative Angebote und fördert sie wo nötig und wo möglich. Die Beurteilung dieser Projekte obliegt anerkannten Profis. Ein ähnliches System haben wir übrigens im Jahre 2006 in diesem Rat beschlossen, wo wir den Betrag von 30 Millionen Franken in die Stiftung für Innovation, Entwicklung und Forschung im Budget eingestellt haben und die Beurteilung dieser Innovationen und dieser Projekte ebenfalls einem Fachgremium überlassen haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die führenden Touristiker unseres Kantons haben sich zum Vorgehen der Regierung bekannt und sich darüber auch commited.

Ich habe Vertrauen in diese Leute. Die Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative sind bereits spürbar und sie werden im nächsten beziehungsweise übernächsten Jahr schmerzhaft werden, dies vor allem in den Talschaften unseres Kantons. Es ist vor diesem Hintergrund nicht angebracht, zusätzlich dem Tourismus den Stecker zu ziehen. Es ist eine Illusion, zu glauben, dass Tourismus in unserem Kanton gänzlich ohne Staat funktioniert. Denken wir beispielsweise an Flims Laax, wo die Bergbahninfrastruktur von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird. Denken wir an St. Moritz, wo die Bobbahn und neuerdings auch die Sprungschanze von der Gemeinde erstellt werden. Oder denken wir vielleicht auch an die Rhätische Bahn, wo Rollmaterial und Fahrplan staatlich finanziert auf die Tourismusnachfrage ausgerichtet werden. Das ist die Realität in unserem Kanton. Allem liberalen Wirtschaftsverständnis zum Trotz, liebe Freunde in der FDP, das Spiel ist durchschaubar. Das Spiel heisst, wir sparen beim Budget den Verpflichtungskredit zulasten des Tourismus und verteilen das Geld dann bei der anschliessenden Debatte um die FA-Reform bei einzelnen Gemeinden und diversen Interessengruppierungen. Ein taktisch hervorragend aufgegleistes Wahlkampfprojekt. Leider ist es in Zellophan verpackt und deshalb durchschaubar. Meine Damen und Herren, unsere Finanzbudget- und Tourismuspolitik sollte länger Bestand haben als nur bis zu den nächsten Wahlen. Folgen Sie im Budget und in der FA-Reform den Anträgen der Regierung. Stimmen Sie als erstes jetzt dem Verpflichtungskredit für den Tourismus zu.

Gunzinger: Ich kann die teilweise berechtigten Bedenken, welche insbesondere auch gestern aus eigenen Reihen geäussert wurden, nachvollziehen. Aus meiner Sicht waren das keine Voten gegen den Tourismus, wie das jetzt weisgemacht werden soll. Das war es nicht. Diese Voten hatten mit berechtigten Bedenken zu tun und ich bin überzeugt, dass auch diese Parlamentarierinnen und Parlamentarier den Tourismus unterstützen wollen. Sie möchten einfach andere Wege gehen. Es ist auch mir ein zentrales Anliegen, dass nicht ein überdimensionierter Verwaltungsapparat aufgebaut wird, dass unendlich viele Konzepte, Strategien und viele teuer bezahlte Berater für die Entwicklung der künftigen Strategien und Programme zu Rate gezogen werden. Es geht um die Umsetzung und nicht um Konzepte und Strategieentwicklungen. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass die Herausforderungen, mit welchen wir heute in der Tourismusindustrie konfrontiert sind, und ich lege da auch meine Interessen offen, ich bin Mitglied in drei touristischen Verwaltungsräten, diese Herausforderungen die sind mannigfaltig, die sind sehr komplex. Wir haben es mit der Zweitwohnungsproblematik zu tun. Wir haben es mit der Wechselkursproblematik zu tun. Wir haben es mit kritischen Betriebsgrössen zu tun. Wir sind einem stetig steigenden Konkurrenzdruck ausgesetzt und der Markt und das Umfeld, das verändert sich laufend und sehr schnell. Also es sind Ideen und Umsetzungsmassnahmen gefragt, welche schnell auf dem Markt umgesetzt werden können.
Von zentraler Bedeutung, und das hat auch mit den heterogenen Strukturen in der Tourismusindustrie zu tun, von zentraler Bedeutung sind die Kooperationsketten, die Dienstleistungsketten, die vertikale Integration der Angebote. Das ist wichtig und das muss in Zukunft gefördert werden. Aufgrund der Besitzverhältnisse sind wir leider nicht in der Lage, diese Ressourcen selbst aufzubringen. Wir sind angewiesen auf die Impulse der öffentlichen Hand vom Kanton. Und hier tragen wir eine Verantwortung dafür. Wir haben es gehört, die Tourismusindustrie funktioniert nach eigenen Gesetzmässigkeiten und ein Kooperations- oder sagen wir Koordinationsaufwand ist notwendig, um da vorwärts zu kommen in Zukunft. Das Tourismusprogramm 2006/2013 ist abgeschlossen, wenn man von der ganzen Finanzierungsfrage absieht. Ziel war die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die Strukturen neu zu regeln, effizienter und effektiver zu machen und auch die Aufgaben entsprechend zuzuteilen. Ich bin fest überzeugt, und das wurde auch anerkannt, dass sehr viel erreicht worden ist und wir haben die DMOs entwickelt, wir haben die Professionalisierung bei der Vermarktung erreichen können. Es wurde sehr viel gemacht und die Touristiker in den Regionen, und da spreche ich nicht nur von den Tourismusdirektoren, das sind zahlreiche Unternehmerinnen und Unternehmer, Hoteliers, Beherberger, Ferienwohnungsbesitzerinnen und -besitzer, die haben sich engagiert in dieser Zeit. Es war schwierig und gerade die grenznahen Regionen haben extrem stark unter der Wechselkursproblematik gelitten. Aber es wurde sehr viel erreicht. Es wurde viel getan und das muss auch einmal gesagt werden, das müssen wir anerkennen und lobend feststellen, was da alles auf den richtigen Weg gebracht worden ist.
Auf diesen Errungenschaften können wir nun aufbauen. Und darum ist es wichtig, dass wir nahtlos ein Folgeprogramm auf die Beine stellen und realisieren. Wir müssen uns einfach bewusst sein, dass die Tourismusindustrie aus eigener Kraft nicht in der Lage sein wird, das Gerüst, das wir gebaut haben, weiter aufrecht zu halten. Und jetzt das Gerüst abzubauen, wäre völlig falsch. Es geht darum, intelligente Förderprogramme zu entwickeln und der Handlungsbedarf, wie ich das dargelegt habe, der besteht zweifellos. Es geht nicht darum, dass die Programminhalte und Themengebiete, die lasse ich jetzt weg, darüber wurde ausgehend diskutiert und verhandelt, es geht darum, dass wir im Rahmen der Tourismusentwicklung die Leitplanken setzen müssen, den Rahmen setzen müssen. Und innerhalb dieses Rahmens sollen die Akteure nach dem Bottom-up-Prinzip ihre Projekte eingeben können. Die werden kritisch beurteilt auf deren Wirksamkeit, auf deren Wertschöpfungsintensität, das soll beurteilt werden. Aber im Rahmen gewisser Leitplanken sollen die Akteure frei sein. Es kann ja nicht sein, dass wir nun Botschaften schreiben lassen, Zeit verstreichen lassen und dann alles im Detail vorgeben. Das ist ja nicht die Idee. Wir wollen die Kreativität und die Innovationskraft unserer Touristikerinnen und Touristiker, unserer Unternehmer in der Tourismusindustrie, die wollen wir ja stärken. Wir wollen ja dieses Potenzial nützen. Wir müssen aber die Rahmenbedingungen dafür festlegen. Und wenn wir jetzt Botschaften schreiben und dann auf acht Jahre hinaus alles in Stein meisseln, das kann ja nicht der Sinn der Sache sein. Da ist dem Tou-

rismus in dieser Form nicht gedient. Wir benötigen diese Handlungsfreiheit auch in den kommenden Jahren. Wichtig ist, wir müssen heute handeln. Wir können nicht Botschaften abwarten. Wir müssen heute handeln und den Bündner Tourismus mit einem sinnvollen, wirkungsorientierten Programm weiter fördern, ein Anschlussprogramm, und wir dürfen Vertrauen haben in die Tourismusakteure und in die Akteure im Markt, wenn sie sich darum bemühen. Es geht darum, es geht wirklich darum, nicht nur um die Wettbewerbsfähigkeit sondern es geht darum, dass wir den Bündner Tourismus wieder so wettbewerbsfähig machen, dass wir im internationalen Markt auch künftig Chancen haben. Wir haben Terrain verloren und es geht darum, dieses wieder aufzuholen. Ich sage nochmals, wir dürfen nun nicht das Gerüst abbauen, sondern es geht darum, dass wir weiter in dieses System Tourismus investieren und damit investieren wir auch in die Regionen, auch in die peripheren Regionen. Da gibt es ausserhalb der Tourismusindustrie wenig Alternativen. Und wenn wir in die Regionen investieren, in den Tourismus investieren, dann investieren wir auch in die dezentrale Wertschöpfung. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, den Antrag Jaag abzulehnen und dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Stiffler (Davos Platz): Ich möchte nicht wiederholen, was heute schon ausgesagt wurde, aber etwas liegt mir schon noch auf dem Magen. Es geht um sehr viel Geld und wir wissen alle, dass der Tourismus Geld braucht. Für mich ist einfach die Art und Weise, wie das Ganze aufgegleist wurde, sehr störend. Das ATW hat einmal mehr einen Sololauf gestartet, ohne richtig zu überlegen und nicht einmal die WAK mit eingebunden. Das ist für mich sehr störend, nämlich die Kommission für Wirtschaft und Abgaben hätte im Voraus orientiert werden müssen, dass wir wissen, was alles auf uns zukommt. Wir konnten an einer Pressekonferenz das Resultat erfahren und das war ziemlich happig. Wenn man so etwas aufreisst, muss man alle berücksichtigen, die vielleicht einen anderen Ton in diesen Rat gebracht hätten. Aber so geht es nicht weiter. Ich muss trotz meiner Kritik die Meinung haben und dem Verpflichtungskredit auch zustimmen. Aber einmal muss es gesagt werden. Wir müssen zusammen diesen Tourismus vorwärts bringen und nicht sogenannte Sololäufe gewisser Leute, die es vielleicht gut meinen, aber auf das falsche Pferd gesetzt haben. Wir müssen den Tourismus auf eine gute Schiene bringen, darum unterstütze ich den Verpflichtungskredit und lehne den Antrag Jaag ab.

Pfenninger: Wir haben es schon mehrmals gesagt und genützt hat es nichts, lieber Kollege Stiffler. Nun, ich meine, die Analyse von Grossrat Gunzinger, die kann ich weitgehend teilen, nur seine Schlussfolgerungen, da bin ich nicht einverstanden. Ich glaube, in diesem Rat sind alle für den Tourismus. Und ich verwahre mich auch dagegen, dass man nun unterstellt, man wolle diese Gelder nicht sprechen. Es geht nur darum, geben wir diese 10,5 Millionen Franken in eine Blackbox oder wollen wir wissen, was tatsächlich mit diesem Geld geschieht. Und es geht nur um diese Frage. Und ich erinnere Sie an das Votum, sehr differenzierte Votum von Grossratskollege Jaag von gestern und in diesem Sinne möchte ich Sie ersuchen, eben doch diese Zusatzschlaufe mit einem Bericht oder einer Botschaft zu machen und den Antrag von Grossrat Jaag zu unterstützen.

Marti: Es gibt hin und wieder Gründe aus ideologischer Sicht, dass man gegen oder für eine Vorlage oder ein Thema ist, vielleicht auch strategische. Ratskollege Felix spricht auch von wahlkampftaktischen Gründen. Vielleicht, wenn ich an die BDP denke, gibt es manchmal auch Gründe, den eigenen Regierungsrat zu unterstützen. Alles denkbar, alles möglich. Aber hier geht es überhaupt nicht um diese Punkte. Es geht, und ich knüpfe an das Votum von Herrn Pfenninger an, es geht wirklich darum, dass man wissen muss in diesem Rat, wenn man die Verantwortung wahrnimmt, für was man zehn Millionen Franken spricht. Und ich glaube, das ist eine nachvollziehbare Forderung und wenn man diese jetzt abtut in diese Richtung, dass alle anderen Gründe ideologisch und noch irgendwelche Strategien dahinterstehen, und man dann noch für sich in Anspruch nimmt, dass man das Ganze durchschaut hätte, dann muss man besser zuhören. Es geht darum, dass Sie hier entscheiden müssen, wie Sie zehn Millionen Franken einsetzen. Und das ist Ihre verdammte Pflicht.

Nick: Es gibt bei der Wirtschaftsunterstützung, bei der Wirtschaftsförderung, in diesem Kanton zwei Schienen. Die eine Schiene ist die neue Regionalpolitik, diese wird vom Bund in Acht-Jahres-Schritten vorgegeben. Und der Kanton Graubünden erarbeitet jeweils Umsetzungsprogramme, die vier Jahre dauern. Das ist die neue Regionalpolitik. Und dann gibt es die Tourismusreform. 2006 haben wir in diesem Rat 18 Millionen Franken dafür gesprochen. Der Bund hat in den darauffolgenden Jahren nochmals 2,36 Millionen Franken hinzugefügt. Das gibt rund 20 Millionen Franken, die wir jetzt investiert haben für die Tourismusreform. Also Projekte, die ganz konkret umgesetzt werden müssen in Zukunft, laufen auch zukünftig über die neue Regionalpolitik. Nun frage ich Sie, was ist denn die Wirkung dieser 18 respektive 20 Millionen Franken, die in die Tourismusreform geflossen sind? Da gibt es durchaus Erfolge. Da pflichte ich Ihnen bei. Die Strukturreform, die Verkleinerung oder Vergrösserung der Destinationen. Das stimmt. Aber schauen wir doch einmal und fragen wir uns einmal, was ist denn die Wirkung im Ziel. Und Sie haben es, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus allen Fraktionen immer gesagt und ich zitiere: „Es geht darum, Terrain aufzuholen. Wir müssen den Tourismus fit machen. Wir haben Logiernächte verloren.“ Ihre Analyse ist haargenau richtig. Und dafür haben wir 18 respektive 20 Millionen Franken bis jetzt eingesetzt. Und jetzt will man auf dieser selben Schiene nochmals 10,5 respektive 21 Millionen Franken einsetzen. Und ich frage Sie wirklich, muss man da nicht einen Marschhalt einlegen und einmal echt analysieren, wo setzen wir diese Mittel ein? Aus meiner Sicht müsste man das Angebot, und jetzt komme ich zu den konstruktiven Vorschlägen von der FDP, die ja verlangt werden, aus meiner Sicht müsste man die Angebote vor Ort steigern. Also wir haben Beispiele: Der Zusammenschluss Arosa Lenzerheide. Wir brauchen international konkur-

renzfähige Angebote. Aber die Projektverantwortung, die müsste eben nicht beim Kanton liegen. Die muss bei den Destinationen liegen. Schauen Sie, wir müssen das Personal besser ausbilden. Wir brauchen kürzere Bewilligungsverfahren. Wir brauchen eine Endkriminalisierung des Ausländergesetzes. Wir brauchen eine vertikale Integration, also Bergbahnen, Sportgeschäfte, Gastgewerbe usw. Das brauchen wir. Nicht hochfliegende, strategische Projekte, die fast niemand in diesem Rat nachvollziehen kann. Verstehen Sie? Und dafür möchte ich kein Geld jetzt sprechen. Ich möchte genauer wissen, worum es da geht. Darum weisen Sie diesen Verpflichtungskredit zurück.

Standespräsident Michel: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Herr Regierungspräsident.

Regierungspräsident Trachsel: Viele der Fragen, die hier aufgeworfen wurden, die diskutiert wurden, hat sich auch die Regierung, haben wir uns vorher im Departement gestellt. Man kann es in vier Fragegruppen zusammenfassen:
Wie wird das Tourismusprogramm 2006-2013 von aussen, extern, neutral beurteilt? Diesen Auftrag haben wir der Universität Bern gegeben, einer Institution, die mit Graubünden sonst nicht zusammenarbeitet. Und die hat sich intern bei den Touristikern in Graubünden, extern in der Schweiz erkundigt, wie dieses Programm beurteilt wird.
Die zweite Frage war: Kann der Tourismus die Herausforderungen alleine meistern, wenn der Kanton nichts macht? Eine ganz wichtige Frage. Ich habe schon mehrmals in diesem Saal gesagt, es gibt weder in der Verfassung noch in einem Gesetz den Auftrag, den Tourismus zu fördern. Also Sie können ohne weiteres entscheiden, wie es auch Grossrat Kunz gesagt hat, dass sich der Tourismus selber finden muss. Aber natürlich, wir müssen uns auch die Konsequenzen überlegen.
Die dritte Frage: Kann der Kanton mit seinem Unterstützungsprogramm Defizite schneller und zielgerichteter reduzieren? Ich mache mir keine Illusion, dass wir mit diesen Programmen alle Defizite eliminieren können. Die Ziele muss man haben. Aber jeder, der weiss, wie etwas umgesetzt wird in der eigenen Firma, wo es einfacher ist, weil man befehlen kann und im Tourismus, wo halt viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist.
Und die vierte Frage, und die war für mich persönlich ganz wichtig: Will und unterstützt die Branche das neue Programm? Ich habe allen gesagt, wenn sie es nicht wollen, dann machen wir es nicht. Das ist ganz klar. Also das Programm machen wir weder für die Regierung, noch für das AWT. Wir machen es nur für die Branche. Das war auch der Grund, wieso ich verlangt habe, dass sich die Präsidenten der strategischen Gremien, wie die CEOs der wichtigsten Destinationen und Organisationen im Tourismus, schriftlich dazu äussern, Ja oder Nein. Wir haben nicht alle Kleinen gefragt, weil wir natürlich wollten, dass wir etwa, wenn wir hier in den Rat gehen, etwa 80 Prozent des Tourismusmarktes abdecken. Und diese Unterschriften liegen vor. Ich habe es nicht zuletzt aus dem Grunde gemacht, weil wir auch das letzte Programm genau gleich gestartet haben. Wir haben die Touristiker gefragt: Seid ihr alleine in der Lage, den Übernachtungsrückgang, der von 1991 bis 2005 23 Prozent war in der Hotellerie, alleine umzukehren oder nicht? Am Anfang hat man gesagt, wir machen es alleine. Nach einigen Überlegungen hat man gesagt, das können wir nicht. Man hat das Programm mitgetragen. Es gab dann Wechsel bei den Köpfen. Und die Nachfolgeorganisationen oder die Nachfolgeköpfe waren dann vielleicht nicht mehr gleich engagiert. Darum habe ich jetzt den Weg der Unterschrift gewählt, damit auch die Nachfolger in der Verantwortung stehen.
Wie hat die Universität Bern das Programm beurteilt? Sie haben das in der Broschüre lesen können, die wir Ihnen geschickt haben. Weil es ging mir auch darum, transparent zu sein. Wir haben dort Befürworter, Gegner, Aussenstehende auch persönlich zu Wort kommen lassen, damit Sie sich ein Bild machen können. Die meisten dieser Leute, die sich dort geäussert haben, sind Ihnen persönlich bekannt. Die Destinationsbildung ist weitgehend geglückt. Zu diesem Schluss kommt die Universität Bern. Bei den flankierenden Massnahmen ist die Einführung der wirkungsorientierten Destinationsführung, BSC, gut fortgeschritten. Der natur- und kulturnahe Tourismus wurde gefördert. Wir haben eine gemeinsame Tourismusplattform für alle Bündner Anbieter. Die Marke graubünden ist heute schweizweit die bekannteste Marke, wenn sie ungestützt fragen, an was denken sie, wenn sie Ferien machen wollen in den Bergen? Und das Qualitätsprogramm ist gestartet. Also wir können sagen, in vielen Bereichen haben wir einiges erreicht oder wir sind auf gutem Weg. Was fehlt, ist in vielen Regionen die geregelte Tourismusfinanzierung. Aber das war so gewollt. Die Universität kommt zu einem weitgehend positiven Resultat. Sie hält fest, dass ohne Unterstützung durch den Kanton die Reform nicht oder mindestens nicht in dieser Zeit möglich gewesen wäre. Sie spricht auch von einem Marktversagen vor der Reform, weil sie sagt, für den einzelnen Akteur im Tourismus in dieser sehr heterogenen Branche ist ein solcher Transformationsprozess ohne Hilfe von aussen fast nicht möglich. Sie stellt aber auch kritisch fest, dass der Reformumfang Touristikerinnen und Touristiker in der Destination teilweise überfordert hat, was zu Verzögerungen und teilweise auch zu mangelhafter Unterstützung geführt hat. Und sie sagt, dass man in einem nächsten Schritt der Produktgestaltung grosse Aufmerksamkeit schenken soll. Weiter sind die Stakeholder frühzeitig und verstärkt einzubeziehen, um die Systemintelligenz, wie das die Universität Bern nennt, zu verbessern. Also nicht im Einzelnen, wir haben gute Unternehmer, aber das vernetzte Produkt entwickeln, da liegt Einiges noch im Argen. Und dass die Angebotsentwicklung auf der Grundlage von übergeordneten Strategien, wo man auch die Gemeinden einbeziehen muss, wie sie ihre touristischen Investitionen tätigen wollen, dass das zu professionalisieren ist.
Die zweite und dritte Frage kann ich zusammenfassen: Kann der Tourismus die Herausforderung alleine meistern? Kann der Kanton mit einem weiteren Unterstützungsprogramm Defizite schneller und zielgerichteter reduzieren? Es wurde hier mehrmals gesagt, der Touris-

mus ist keine einheitliche Branche. Sie setzt sich aus tausenden von Anbietern aus den verschiedenen Bereichen wie Beherbergung, Bergbahnen, öffentlich-private Transportunternehmungen, Restauration, Handel, Zulieferer, Gewerbe, Gesundheitswesen usw. zusammen. Jeder dieser tausenden von Unternehmern fühlt sich primär und oft auch nur für sein Unternehmen verantwortlich. Übergeordnete Konzepte interessieren ihn weniger. Das ist insbesondere nachvollziehbar, wenn man in einem Preiskampf ist, der seit der Stärke des Schweizer Frankens zugenommen hat. Natürlich können wir das verurteilen. Aber das ist, wenn man die Branche von aussen analysiert, einfach eine Tatsache. Der Gast aber interessiert sich heute nicht für den einzelnen Betrieb. Ich sage das ein bisschen überspitzt. Ich weiss, wenn das einzelne Produkt nicht stimmt, dann geht alles schief. Aber primär kommt der Gast nicht zu uns, weil er eine Übernachtung bucht. Ich habe auch schon gesagt, er kommt nicht zum Schlafen. Er kommt nicht wegen einer Bergbahn. Wir haben fast keine Bergbahn, die sagen kann, der Gast kommt wegen mir. Und hier kann ich eine Klammer öffnen: Grossrat Kunz hat gesagt, 2003 haben das Wallis, das Berner Oberland und die Innerschweiz angefangen, die Ostmärkte oder die neuen Märkte zu erschliessen. Zu diesem Schluss sind wir auch gekommen. Und wer ist hingegangen? Es waren die Bergbahnen. Die Jungfraubahn, die Titlisbahn, die Matterhornbahn, weil sie vom chinesischen Gast, vom koreanischen Gast, vom indischen Gast genau die gleichen Einnahmen haben wie vom Italiener oder vom Deutschen oder vom Schweizer. Die chinesischen Gäste gehören sogar zu den besten in der Schweiz. Sie geben etwa 500 Franken pro Nacht oder Tag bei uns aus. Aber in der Hotellerie, Vier-Stern, Zimmer mit Frühstück, 42 Franken. Und wenn Sie einen hoteliergetriebenen Tourismus haben, und Graubünden hatte das, dann gehen Sie nicht nach China. Weil das Geschäft nicht in der Hotellerie läuft, sondern in der Boutique und in der Bijouterie, wenn man das vereinfacht sagen will. Und das ist ein Problem im Tourismus. Wenn Sie Bergbähnler sind, dann sieht es etwas anders aus. Wenn Sie ein Produkt haben, mit dem sie international, wie mit dem Matterhorn oder der Jungfrau, punkten können. Aber wenn Sie das analysieren, es waren nur die Bergbahnen. Die Hotellerie, die klagt im Berner Oberland auch, weil sie einfach die Preise nicht bekommen. Sie haben zwar die Übernachtungszahlen. Aber die sagen über Gewinn und Umsatz noch nicht sehr viel aus. Wie gesagt, der Gast sucht immer mehr ein Gesamterlebnis. Und das können wir nur machen, wenn wir unsere Angebote bündeln, wenn wir sie buchbar machen, wenn sie erkennbar sind und wenn der Gast den Eindruck hat, er hat, wenn er zu uns kommt, einen klaren Mehrwert und er kann dort sein Erlebnis, seine Erlebnisferien so verbringen, wie er sich das vorstellt. Und ich kann Ihnen sagen, im Internet findet er das heute. Sie finden, wenn Sie ein bisschen sich im Internet bewegen, finden Sie für alles ein Angebot. Und wir müssen dort erkennbar sein. Grossrätin Casutt hat dies auch gesagt. Das ist auch so. Und ich bin mit Grossrat Kunz einverstanden, die vertikale Integration, die brauchen wir. Die ist aber natürlich dort einfacher, wo ein Unternehmer alles oder vieles in einer Hand hat. Und von denen haben wir wenig. Also, ich würde sagen, eine Hand reicht und wenn ich noch Jäger wäre und einen Finger verloren hätte, dann würde es immer noch reichen. Weil wir sehen, davon bin ich auch überzeugt, dass zukunftsfähigere Modell liegt bei den integrierten Produkten. Und diese Unternehmungen werden stärker sein. Aber wie gesagt, ohne Hilfe von Bund und Kanton wird dieser Anpassungsprozess langsamer vorwärts gehen, als wenn Sie diesem Kredit zustimmen. Dies ist in der Branche besonders nachteilig, weil die Wettbewerber, die wir haben, aufgrund der Währungssituation billiger sind. Wir werden daran nichts ändern können. Das heisst, unsere einzige Chance ist, besser zu sein. Es wird uns nie gelingen, im Tourismus billiger zu sein als die direkte Konkurrenz Tirol, Vorarlberg oder Südtirol. Also müssen wir besser sein, also müssen wir mit Ideen vorausgehen. Wir können nicht warten, dass die kopieren können. Das beinhaltet auch ein gewisses Risiko, Fehler zu machen. Aber das gehört zum Geschäftsleben.

Zur vierten Frage: Unterstützt die Branche das neue Programm? Auch das auslaufende Programm wurde von der Branche zu einem grossen Teil unterstützt. Ich habe es einleitend gesagt. Am Anfang vollständig, am Schluss ein bisschen weniger. Und wie gesagt, teilweise darauf zurückzuführen, dass auch Personen gewechselt haben. Grossrätin Casutt hat es gesagt, das jetzige Programm ist ein gemeinsames Projekt der Tourismusbranche. Es wurde nicht im AWT ausgearbeitet, sondern mit einer auch wieder neutralen Beratungsfirma. Nicht mit Hanser und Partner, um auch das hier festzuhalten, weil ich auch weiss, dass sie teilweise auf Widerstand stossen. Es geht mir ja nicht darum, hier irgendwo immer wieder Vorurteile auszulösen, sondern wir haben jemandem Auftrag gegeben, mit der Tourismusbranche ein Programm zu erarbeiten, wo sie sagen können, das hilft uns weiter. Und ich wiederhole es hier auch noch einmal, Grossrat Pedrini hat es gesagt, die Tourismusorganisationen von Arosa, Chur, Davos-Klosters, Engadin Scuol Val Müstair Samnaun, Engadin-St. Moritz, Flims-Laax-Falera, Savognin, Surselva, Viamala und die weiteren Partner Rhätische Bahn, Bergbahnen Graubünden, Hotellerie Swiss Graubünden und Graubünden Ferien haben sich schriftlich zu diesem Programm bekannt. Ich glaube, das ist ein klares Bekenntnis der Branche. Der Bund unterstützt das Programm mit 10,5 Millionen Franken. Nicht, weil wir Bündner ihm besonders sympathisch sind, sondern weil es ins Programm hineinpasst, das der Bund im Nachgang zur Zweitwohnungsinitiative aufgegleist hat, wie kann er die Ausfälle, die an Arbeitsplätzen passieren werden, wie kann er helfen, diese wenigstens teilweise aufzufangen. Grossrat Pedrini hat darauf hingewiesen. Und am Tourismustag in Bern wurde das SECO von anderen Kantonen gefragt, wieso sie nicht gleich unterstützt werden und das Bekenntnis war klar: Es gibt bis jetzt keine Region und keinen Kanton, wo die Branche so geschlossen in einem Programm steht. Und wenn Sie hier drin zustimmen, auch die Politik. Es gibt kein Programm im Tourismus schweizweit, das vom Bund mit 10,5 Millionen Franken unterstützt wird. Auch der Bund ist nicht blauäugig. Aber auch er setzt auf ein Programm mit Leitplanken, wo er die Themen vorgibt,

aber der Branche die Möglichkeiten lässt, sich selbst zu entwickeln. Darum muss ich Grossrat Jaag sagen, wir können ihm nicht das geben, was wir dem Bund gegeben haben. Er hat das. Es ist genau so, dass sie sagen, in den Themenfeldern erwarten wir Projekte, wir sind bereit, die acht Jahre, also langfristig, zu finanzieren. Nicht jährlich wiederkehrend. Das könnte man über NRP machen, sondern langfristig, damit auch langfristig gedacht und gehandelt werden kann.
Was kann mit dem neuen Programm unterstützt werden? Zugespitzt gesagt: Innovationen und Kooperationen, die dem Gast ein einzigartiges Erlebnis bieten. Also, es muss innovativ sein, nicht vom gleichen mehr. Kooperationen, man muss zusammenarbeiten über die Destination hinweg. Wenn ich an Bike denke, auch wenn ich ans Rheintal denke. Ich komme dann noch einmal darauf zurück. Es können verschiedene Hoteliers gemeinsam, sagen wir, 20 sagen, Skandinavien wäre interessant, wir wollen diesen Markt bearbeiten. Sie müssen nicht der gleichen Destination angehören. Sie können nicht auf eine Destination zugehen. Wenn es destinationsübergreifend ist, dann können wir helfen. Wie gesagt, es geht um gebündelte Produkte. Ich sage es einfach mit dem Überbegriff Erlebnis. Erlebnisse für den Gast, nicht für uns. Und es geht darum, dass man sich abhebt vom Vorhandenen, weil man sonst im Internet nicht sichtbar ist. Das ist heute so. Sie müssen heute im Internet sichtbar sein. Wenn Sie Produkte haben. Das Hotel-Drei-Stern von irgendwo finden Sie im Internet nicht mehr. Es wird nicht mehr gebucht. Und Sie sehen auch, dass wir in dem Bereich ja genau am meisten Probleme haben, im Drei-Stern-Bereich ohne Gesicht. Und darum brauchen wir diese Bündelungen zu Produkten, weil das einzelne Drei-Stern-Hotel auch in zehn Jahren nur in den wenigsten Fällen ein Gesicht haben wird, mit dem es sich unterscheiden kann. Es gibt einzelne. Ich könnte Ihnen die auch aufzeigen. Aber sie sind in Gottes Namen nicht die Mehrheit, weil sie mit ihren eigenen Problemen sehr stark beschäftigt sind. Und Grossrätin Stiffler kann ich versichern, es geht nicht um die Finanzierung von Marketing und von Imagewerbung. Das haben wir beim ehemaligen Programm erledigt. Es geht auch nicht mehr um Destinationsbildung. Wer das nicht gemacht hat, muss selber schauen. Das Programm läuft Ende Jahr aus. Wir bauen auf dem auf. Die meisten sind weiter als früher, sind fitter, die können mitmachen. Wer sich noch mit der Destinationsstruktur oder mit kleineren Strukturen beschäftigt, der wird sich weiterhin mit dem beschäftigen. Aber wir können hier nicht auf ihn warten. Es ist nicht die Idee. Es geht um Impulse, um Anreize, um Möglichkeiten, um kooperative Angebotsgestaltungen, innovative Ferien und Freizeitprodukte und um Wissensaufbau. Wissensaufbau auch, wenn Sie ja von den Fernmärkten sprechen, dass Sie wissen, was diese Gäste wollen. Asiatische Gäste, auch wenn sie im Winter kommen, die wollen nicht wie wir in jungen Jahren zwanzig Frequenzen machen. Die wollen Schnee berühren. Die wollen vielleicht zwei Mal herunterrutschen. Also wenn Sie in China einmal in einem Skigebiet waren, dann wissen Sie das. Dann sind die Ski gefahren. Wir müssen diese Gäste kennen. Wir müssen kennen, was sie wollen. Wir müssen die Produkte entwickeln und das kann nicht einer machen. Wenn die Bergbahnen nach Indien gehen und die Restaurants sagen, der indische Gast und die Hotels interessieren uns nicht, hat die Bergbahn eine einzige Chance, haben sie teilweise gemacht in der Innerschweiz: Sie kaufen die Hotels. Aber ich glaube nicht, dass das der einzige Weg sein kann. Wir müssen auch Kooperationen finden, dass wir es gemeinsam machen. Darum geht es, um die Themenfelder, Führung in Tourismus und zwar mit Führung meine ich nicht, vom AWT aus oder vom Kanton, sondern bei denjenigen, die die Produkte bündeln, die überzeugen müssen, die motivieren müssen mitzumachen und die auch wissen, von was sie sprechen. Es geht um Produktentwicklungen und Markterschliessungen, nicht um Marketing. Markterschliessung, dass man weiss, wie man in einen Markt hineingeht und welches Segment man ansprechen will. Es geht auch um Standortentwicklung in den Destinationen und Regionen, dass sich die Touristiker, die Gemeinden zusammen absprechen, welche Investitionen für welchen Gast müssen wir tätigen. Ein positives Beispiel nenne ich: In Davos hat man ins Kongresshaus investiert mit Unterstützung des Kantons. Man hat ein Produkt geschaffen, wo man heute sagen kann, im Berggebiet, zumindest in Europa, finden Sie das nicht mehr. Wenn jemand im Kongressbereich eine Veranstaltung machen will, nicht in einer Stadt, in Europa ist das beste Angebot heute in Davos. Wenn ich mit den Davosern spreche, sind die Zunahmen der Übernachtungszahlen in diesem Bereich ausgewiesen. Sie sehen also, die Erfolge sind da, wenn man fokussiert. Wenn man weiss, was man will und wenn man es gemeinsam tut. Natürlich, Davos hat Erfahrung im Kongressbereich. Andere müssen nicht kopieren. Ich möchte hier ganz klar sagen, ich möchte nicht, dass alle finden, der Kongress macht uns glücklich. Aber man muss neue Produkte entwickeln. Es gibt diverse Möglichkeiten. Wir haben sie nicht ausgeführt. Wieso? Weil wir wollen, dass die Ideen von unten kommen. Weil wir wollen, dass die Ideen getragen werden. Weil wir wollen, dass die Verantwortung bei der Destination, bei den Anbietern liegt. Da bin ich Ihrer Meinung, es kann nicht sein, dass ein Amt sagt, wie in den nächsten acht Jahren der Tourismus aufgebaut werden soll.
Nun zum Tourismusrat: Wollen wir ein neues Gremium? Haben wir nicht schon genug? Für mich ist nicht die Frage, ob wir ein neues Gremium wollen oder ob wir genug haben. Für mich ist die Frage: Was fehlt? Was fehlt im Tourismus in Graubünden? Uns fehlt ein Soundingboard, eine gewisse Autorität, die kritisch auch die starken Anbieter hinterfragen kann. Das kann nicht die Regierung, das wird nicht akzeptiert. Das kann sicher das AWT nicht und Graubünden Ferien wird auch nicht akzeptiert. Ich bin nicht begeistert davon, weil bei Graubünden Ferien hätten wir die Topdestination eigentlich alle vertreten. Wenn die es geschafft hätten, sich zu einigen und vorzugeben, wohin die Reise geht, dann würde ich dieses Gremium nicht brauchen. Aber sie haben es nicht geschafft. Und ich bin aber nicht der Meinung, weil sie es nicht geschafft haben, dass wir es jetzt einfach vergessen. Damit habe ich auch schon gesagt, in diesem Gremium werden nicht primär Interessenvertreter darin sein. Wir werden hier definieren, was

wir brauchen, um in diesem Tourismusrat Wissen zu haben. Es ist klar, wir brauchen Leute, die Graubünden und unseren Tourismus kennen. Sonst geht es nicht. Wir brauchen Leute, die auch wissen, was im Destinationsprozess passiert ist. Wir müssen auch Leute haben, die wissen, was im Touroperator-Markt passiert, gerade wenn sie neue Märkte erschliessen, dann sind es meistens die Touroperator, sie müssen wissen, wie die agieren, sie müssen wissen, wie die Märkte sind. Es braucht auch Wissen im Kongress- und Weiterbildungstourismus. Man muss wissen, wie die fremden Märkte funktionieren, die fremden Gäste, wie Angebotsgestaltung, Vermarktung zu tun ist. Und es ist auch wichtig, wenn man weiss, wie Transportketten laufen. Somit habe ich auch gesagt, es wird keine politisch austarierte Verteilung geben. Die Regierung wird wählen. Der Präsident oder die Präsidentin muss zusätzlich zu diesem sehr fachlichen Wissen verhandeln können, verbinden, motivieren, herausfordern, kommunizieren, aber auch kritisieren. Es braucht eine gewisse Autorität, weil wie gesagt, unter vier Augen höre ich auch viel Kritik. Sogar an der persönlichen Arbeit. Sobald es ein bisschen weiter geht, haben wir niemanden mehr, den wir holen können. Viele Gutachten, die gemacht wurden oder gemacht werden, werden nur gemacht, damit wir gegenseitig auf einer Grundlage diskutieren können. Es ist so, aber es ist auch in der Wirtschaft so. Die grossen Beratungsfirmen haben bei vielen Firmensanierungen der Geschäftsleitung nichts Neues erzählt. Aber das, was sie schon gewusst haben, haben Aussenstehende gesagt. Es war dann leichter bei der Umsetzung. Also, es ist nicht so, dass es eine touristische Krankheit ist, diese Krankheit ist in der ganzen Wirtschaft noch da. Wie gesagt, die Konferenz wird etwa aus sieben bis neun Leuten bestehen. Sie wird die Regierung beraten, sie wird auch anregen, in welche Richtung Projekte gehen können und wird die Regierung auch beraten, welche Projekte unterstützungswürdig sind. Wie beim Innovationsfonds. Er wurde genannt. Dort haben Sie 30 Millionen Franken gesprochen und haben keine Ahnung gehabt, für was es ausgegeben wird. Ich auch nicht. Weil wir wollten ja Innovation fördern. Wenn man die Innovation kennt für die nächsten acht Jahre, ist es keine Innovation mehr. Dann sind sie schon lange kopiert. Und es geht hier genau um das Gleiche. Wir wollen Fachleute und ich kann Ihnen sagen, wir haben auch gute Leute, die sich interessieren, hier mitzumachen, weil es etwas Neues für die Branche und auch für sie eine Herausforderung ist.

Und dann haben wir ein zweites Gremium, das wird grösser sein. Auch etwa ein- bis zweimal im Jahr tagen, das gibt dann so etwas wie ein Tourismustag für die Profis, damit sie mitdiskutieren können, damit dort eine Reflexion stattfindet zwischen diesem Tourismusrat und den Akteuren vor Ort, damit Wissen fliesst, von oben nach unten, aber zumindest so auch von unten nach oben. Also wir wollen diese Plattformen schaffen. Da geht es nicht um Gremien, die unheimlich viel Papier machen, sondern es geht darum, sich kritisch zu hinterfragen, Innovationen zu entwickeln, gegenseitig voneinander zu lernen. Wir haben viele Destinationen, die in gewissen Bereichen sehr gut sind, in anderen weniger. Dort zusammenzuarbeiten, wo eben es Sinn macht. Oft ist es sinnvoll, den besten auch einen Auftrag zu geben und nicht das Rad neu zu erfinden. In diesem Sinne soll dieses Gremium wirken und es soll wie gesagt helfen, Stärken zu stärken und Schwächen zu eliminieren.

Was sind die Herausforderungen im touristischen Umfeld? Es wurde gesagt, die Märkte, Herr Gunzinger hat es insbesondere gesagt, die Märkte verändern sich enorm schnell. Als wir 2006 mit dem ersten Programm gestartet sind, waren Facebook und Twitter noch Fremdwörter. Heute sind es wichtigste Buchungskanäle. Und das wird in den nächsten acht Jahren nicht langsamer werden. Und wir sehen auch, dass unsere direkteste Konkurrenz, das sind für mich nicht die Schweizer, sondern Tirol, Vorarlberg, Südtirol, gemeinsam unterwegs sind. Und dass sie vom Staat auch unterstützt werden. Es ist so. Und wie gesagt, sie haben noch den Vorteil, dass ihre Währung im Vergleich zum Schweizer Franken leichter ist und sie es damit einfacher haben, ihr Produkt günstiger anzubieten. Das ist die Herausforderung. Und wie gesagt, wir haben nur eine Chance, wenn wir schneller und besser sind mit neuen Produkten. Ich bin ganz klar der Meinung, die neuen Produkte werden vernetzte Produkte sein von verschiedenen Anbietern. Der Einzelläufer wird es schwieriger haben, hier Erfolg zu haben. Denn wie gesagt, der Gast bucht Erlebnis und Emotionen und nicht Übernachtungen und Bergbahnfahrten.

Nun zu den einzelnen Ausführungen im Grossen Rat. Erlauben Sie mir einige allgemeine Bemerkungen: Es wäre für mich überhaupt kein Problem, Ihnen hier Beispiele aufzuzählen, wo es nicht gut läuft. Aber ich glaube, es bringt uns nicht weiter. Und ich habe auch nicht vor, hier Leute anzugreifen. Ich bin auch der Meinung, das Recht, etwas falsch zu machen, gehört auch zur Wirtschaft. Wenn man aber nicht den Mut hat, dann wieder zu starten und wenn man aufgibt und sagt, ja aber zuerst wollen wir dies und jenes noch abgeklärt haben, dann geht es nicht. Was ich aber beobachte in dieser heterogenen Branche, wir haben sehr viele Einzelkämpfer, die sich mit der eigenen Firma bemühen, auch Probleme haben und die einfach nicht mehr die Zeit haben, an vernetzten Projekten mitzuarbeiten. Ich höre das überall in Gesprächen. Auch in den grossen Destinationen. Die ganz guten der Branche haben keine Zeit, auch noch in der Destination mitzuarbeiten. Weil sie sagen oft, ich habe genug zu tun in der eigenen Firma. Das ist ein Problem. Und d.h., wir müssen Leute haben, die halt nicht direkt etwas zum Verkaufen haben, also nicht direkt Anbieter sind, die bündeln. Weil wir die Starken, die einfach sich zu stark im Moment auf das eigene Unternehmen fokussieren, auch müssen. Nun kann man daraus den Schluss ziehen, wie das Grossrat Kunz macht und sagen, ja die Branche ist selber schuld, wir überlassen es ihr. Wir machen nichts. Das ist eine Möglichkeit. Das kann man so machen. Aber man muss dann auch bereit sein, die Konsequenzen zu tragen. Und hier muss ich halt sagen, der Preis ist hoch, wenn wir weitere Rückgänge haben im Tourismus. 53 Prozent der Exporteinnahmen kommen über den Gast nach Graubünden. Das heisst, jede zweite Stelle hängt direkt oder indirekt mit dem Tourismus zusammen. Es ist nicht nur so, dass nur die Talschaften profitieren. Aber die Talschaften natürlich im Besonderen, weil sie dort keine Alternative

haben zum Tourismus. Eine flächendeckende Besiedlung ohne Tourismus im Kanton Graubünden ist schlicht und einfach nicht möglich. Darum haben wir, und das ist die Meinung der Regierung, für den Tourismus eine ganz spezielle Verantwortung. Darum können wir nicht nichts machen und es der Branche überlassen, können wir uns so nicht aus der Verantwortung ziehen.
Es wurde schon gesagt, Grossrätin Stiffler beklagt sich, dass nicht alle bei der Marke graubünden dabei sind. Ich schliesse mich an. Ich wäre froh. Ich habe aber kein Gesetz, wo ich die zwingen kann. Ich kann nur die Marke graubünden so stärken, dass letztlich auch die anderen sehen, dass sie ein Mehrwert haben. Ich würde sagen, wenn ich überlege, wo wir vor zehn Jahren waren mit der Schriftmarke, wo wir heute stehen, sind wir meilenweit voraus, für Schweizer Verhältnisse. Ich beschränke mich nochmals auf die Schweizer Verhältnisse. Darum, wie gesagt, wir versuchen alles, dass wir auch die Starken immer mehr integrieren können, weil zumindest im EDV-Bereich bin ich überzeugt, dass in einigen Jahren die Starken nicht mehr stark genug sind alleine. Die Entwicklung im EDV-Bereich ist dermassen revolutionär im Tourismus, dass selbst die Starken möglicherweise das nicht mehr finanzieren können, was im EDV-Bereich notwendig ist. Und wie gesagt, die BSC-Karte war insbesondere auch bei den Starken sehr umstritten. Heute ist dieses Thema abgeschlossen und integriert und wird im Jahresbericht meist positiv erwähnt.
Grossrat Jaag hat den Antrag gestellt, eine Botschaft zu machen, Grossrat Pfenninger auch, und das Geschäft zurückzuschieben. Ich frage mich: Ist das der richtige Weg? Es ist dann der richtige Weg, wenn Sie überzeugt sind, dass es die Politik besser weiss, als der Markt. Dann müssen Sie diese Botschaft verlangen. Dann können Sie hier in diesem Rat aufgrund eines Vorschlages definieren, was Sie wollen, was Sie nicht wollen in den nächsten acht Jahren. Dann ist die Botschaft der richtige Weg. Also mehr und mehr Richtung Staat im Tourismus. Wir sind der Meinung, dass das der falsche Weg ist. Wir sind der Meinung, dass mit einem Rahmenprogramm, wie beim Innovationsfonds, wie bei der KTI vom Bund, da ist auch der Bund der Meinung, dass wir mehr erreichen, wenn wir ein Förderprogramm vorschlagen, ein Programm, nicht eine Checkliste, die man ausfüllen kann und dann bekommt man Geld. Dass wir nur die Themenbereiche vorgeben und dass wir dann den Touristikern sagen, ihr sagt, was ihr braucht, ihr sagt, was ihr wollt. Und darum muss ich auch sagen, wer eigentlich im Tourismus weniger Staat will, der kann nicht für eine Botschaft sein. Weil Sie wissen, wie Botschaften aussehen. Wir können dann hier diskutieren, ein bisschen mehr Schnee, bisschen weniger, ein bisschen mehr Sommer, ein bisschen mehr Natur, können dann sagen, die kriegen Geld, die Kleinen, die Grossen nicht usw. Aber ich glaube nicht, dass das uns weiterführt. Ich glaube auch nicht, dass wir Zeit haben.
Grossrat Caduff wünscht, dass kein Geld für Strukturen eingesetzt wird. Da bin ich gleicher Meinung. Die Strukturen, die Strukturschaffung, die Strukturbereinigung haben wir mit dem Programm 2006/2013 abgeschlossen. Wir werden für Destinationsbildungsprozesse, RTO-Bildungsprozesse nach Ende von diesem Jahr kein Geld mehr ausgeben. Hier geht es im Programm um Produkte, um Erlebnisse für den Gast, um Dinge, die man verkaufen kann.
Grossrat Pult fragt nach der Wirkung dieses Programms. Die Wirkung dieses Programms soll sein, dass der Gast durch gebündelte Produkte, ich bin sogar der Meinung über Destinationen hinweg, sein Erlebnis findet, wie er sich die nächsten Ferien vorstellt. Ich sage es Ihnen am Beispiel im Mountainbike: Wenn er von Ort zu Ort über Destinationen hinweg Ferien machen will, dass die Transportkette klappt, dass er buchen kann, dass es nicht an der Destinationsgrenze aufhört. Dass man auch zwischen den Gemeinden absprechen kann, Lücken im Bikeweg abzubauen, wenn es halt auch an der Grenze der Destination ist. Wenn ich an Chur denke, es hat mir eigentlich noch niemand erklären können vom Angebot her, was grundsätzlich anders ist zwischen Innsbruck und Chur, wenn Sie mal davon absehen, dass Innsbruck zwei Olympiaden gemacht hat und ein bisschen mehr Kultur hat. Chur hat auch Kultur. Ist ein bisschen kleiner. Aber die Skigebiete rund um Chur sind alle besser als in Innsbruck und sind alle näher als in Innsbruck. Hier drin würde aber jeder spontan sagen, Innsbruck ist ein Winterort und Chur nicht. Oder weniger. Auch hier haben wir Möglichkeiten, destinationsübergreifend Projekte zu entwickeln. Natürlich fehlt das eine oder andere. Aber wir haben hier im Rheintal im Tourismus Potenziale, die nicht ausgeschöpft sind und die nur ausgeschöpft werden können, wenn auch Impulse von aussen möglich sind, wenn Unterstützungen möglich sind. Weil jemand muss die Vorarbeit machen. Und das kostet Geld und die Unternehmer alleine sind im Moment nicht in der Lage. Wie gesagt, mein Ziel der Wirkung ist, wenn wir Graubünden in Zukunft nicht mehr als Einzelangebot, also eine Hotelübernachtung, eine Bergbahn usw. verkaufen, sondern als Erlebnisraum mit Mehrwert für den Gast. Und wenn die Anbieter von touristischen Produkten, wenn für die das Zusammenarbeiten in der Norm der normale Weg ist und nicht die Ausnahme. Ich weiss, dass es bei Projekten teilweise funktioniert, aber es muss die Regel werden, dass man gemeinsame Produkte macht. Und der dritte Wunsch oder die dritte Wirkung, die ich gerne möchte, ist, dass wenn man in touristische Infrastrukturen investiert, dass Politik, also Gemeinden, Tourismus, Hotellerie in die gleiche Richtung investieren, sich fokussieren, weil wir nur dann Produkte haben, die besser sind, als die der Konkurrenz. Hier braucht es auch mehr Gemeinsames. Wenn mit diesem Projekt diese Wirkung erzielt werden kann, dann ist es meiner Meinung nach erreicht.
Grossrat Marti hat gesagt, dass er zehn Millionen Franken sparen musste und dass das schwierig sei. Er hat nicht ganz korrekt orientiert. Er spart zehn Millionen Franken in einem Jahr, wir geben zehn Millionen Franken Mittel, wenn Sie Ja sagen, in acht Jahren. Also acht mal 1,3 Millionen Franken. Natürlich kommt noch einmal der gleiche Betrag vom Bund dazu. Natürlich müssen die Akteure auch nochmal einen Betrag zuschiessen. Also kommt dann pro Jahr vom Tourismus, vom Bund und vom Kanton eine Summe von etwa 5,2 Millionen Franken zusammen. Und das ist für den Tourismus ein rechter Betrag. Ich bin mir das auch bewusst. Aber wie

gesagt, es ist nicht so, dass wir in einem Jahr zehn Millionen Franken ausgeben. Ich habe Ihnen gesagt, wie der Bund diesen Kredit rechtfertigt hat gegenüber anderen Regionen. Er hat darauf hingewiesen, dass Graubünden für ihn im Tourismus vorbildlich ist.
Grossrat Stiffler fragt, wieso wir die WAK nicht einbezogen haben. Das hängt mit der Geschäftsordnung im Grossen Rat zusammen. Die machen Sie. Sie sagen, wie die Geschäfte verabschiedet werden. Wir machen ein Budget, wir können im Budget Verpflichtungskredite machen. Dann ist das Geschäft bei uns verabschiedet, geht ins Sekretariat des Parlamentes und dann entscheiden Sie, wie Sie das Geschäft behandelt haben wollen. Ich glaube, es wäre nicht in Ordnung, wenn wir anfangen, plötzlich zu den Kommissionen zu gehen und zu lobbyieren. Weil wir haben ein Geschäft zu verabschieden. Und dann geht es über ans Parlament. Sie legen in der Geschäftsordnung und in der Präsidentenkonferenz fest, wem Sie dieses Geschäft geben wollen, ob Sie Mitberichte wollen oder nicht. Da haben wir nichts dazu zu sagen. Darum haben wir die WAK auch nicht einbezogen, weil der Weg vorgegeben ist. Wir haben uns an diesen Weg gehalten.
Grossrat Nick fragt nach dem Ziel jeweils bei den Übernachtungen. Ich habe Ihnen am Beispiel Davos gezeigt, dass wir viele solche Beispiele haben. Und wenn Sie im Moment die Fernmärkte weglassen, stimmt es nicht mehr, was im UBS-Bericht steht. Da hat Graubünden in den letzten Jahren besser abgeschnitten als alle vergleichbaren Schweizer Destinationen. Wir haben in den Fernmärkten den Anschluss verloren. Ich habe Ihnen auch gesagt wieso. Das kann man analysieren. Und ich bin auch überzeugt, wenn wir dort Erfolg haben wollen, brauchen wir die Bergbahnen ganz stark. Die RhB würde ich jetzt als Bergbahn bezeichnen. Darum haben wir sie dabei. Weil wir brauchen Produkte, die dort auffallen. UNESCO-Weltkultur ist eines. Vielleicht nicht gerade ein Matterhorn, aber fast. Die Hotellerie wird ihnen dort nicht vorausgehen, weil sie einfach die Erträge nicht erwirtschaften kann bis jetzt auf diesen Märkten. Brasilien ist eine andere Geschichte. Sie müssen sich immer mit den Märkten befassen. Sie müssen genau wissen, was sie wollen. Und es sind nicht immer die Gleichen, die profitieren. Und bei der Uhrenindustrie ist es so, dass sie nicht bereit ist, den Schweizer Tourismus zu unterstützen, weil sie uns recht kalt, ich bin noch im Vorstand von Schweiz Tourismus, recht kalt sagen, uns ist es eigentlich egal, wo wir die Uhr verkaufen. In Interlaken, Hongkong, Jakarta. Wir verkaufen sie sowieso. Das ist einfach so. Dass aber, und ich nenne jetzt ein schlechtes Beispiel, weil es nicht von Graubünden ist, dass der Juwelier von Interlaken, der vier Geschäfte hat, sein Steuerdomizil nach Nidwalden verlegt, kann nicht im Sinne der Zusammenarbeit sein. Das würde ich als negatives Beispiel hier nennen. So gesehen kam die Regierung klar zum Schluss, dass wir ein Projekt vorlegen müssen. Dass wir nicht warten können, weil wir sonst Zeit verlieren, weil wir auch die Destinationen eher schwächen. Wir wissen, dass wir Talschaften haben, wo über 90 Prozent der Arbeitsplätze vom Tourismus abhängen und wir wissen, dass wir auch in vielen Talschaften Abwanderung haben. Und wir wissen auch, dass wir ab 2014 2000 bis 3000 Arbeitsplätze in der Bauhaupt- und Baunebenbranche verlieren werden. Jetzt können wir sagen: Ja, wir warten ab. Es wird nicht in den Topdestinationen vor allem einschenken. Es wird in den einfachen Talschaften einschenken, dort wo jeder Arbeitsplatz wertvoll ist. Und wenn wir mithelfen können im Tourismus, solche Arbeitsplätze zu schaffen, bin ich der Meinung, dass es sich lohnt, diesem Verpflichtungskredit zuzustimmen, der wie gesagt auch vom Bund unterstützt wird. Ich danke Ihnen, wenn Sie zustimmen.

Standespräsident Michel: Kann ich davon ausgehen, dass die Diskussion erschöpft ist? Erschöpft natürlich nicht im wörtlichen Sinne. Nein, ich kann nicht. Grossrat Marti.

Marti: Ich möchte kurz ein paar Gedanken aufnehmen, die Sie eingebracht haben. Zunächst einmal haben Sie gesagt, Sie haben die Brücke zwischen Chur und Innsbruck hergestellt, und haben auch gesagt, es wäre fraglich, ob wir in diesem Raume hier mehr beitragen könnten als die Touristiker. Aber gerade in dieser Frage beispielsweise glaube ich, dass wir hier im Saal sehr viele Leute haben, ich denke auch an verschiedene in der Politik tätigen, in der Gemeindepolitik tätigen Personen, die hier verschiedenste Verbundaufgaben eben sehr wohl herstellen könnten, wenn man den Tourismus beispielsweise mit dem Kulturtourismus verquickt. Wenn man den Tourismus mit dem Kongresstourismus verquickt, wenn man den Tourismus mit den Ausstellungshallen usw. verquickt, wenn man das wachsende Potenzial des Städtetourismus nimmt, dann sind hier in diesem Saal verschiedene Player, die dann eben von der Gemeinde zu den Destinationen, zu den Tourismusorganisationen, zu den Hotels usw. sehr interessante Verbundaufgaben herstellen könnten. Und in diesem Zusammenhang bin ich eben der Meinung, dass die reinen Touristiker dann hin und wieder auch zu wenig umfassend vielleicht die Möglichkeiten haben, diese Verbünde dann eben herzustellen. Und deshalb wäre es durchaus spannend und durchaus richtig, auch in diesem Rate über die Verwendung dieser Millionen dann eben miteinander zu sprechen und auszutauschen. Mindestens kann ich sagen, dass ich aus der Sicht der Stadt Chur der Überzeugung bin, dass ich sehr viel beitragen könnte, was Chur Tourismus alleine nicht kann, sondern was z.B. Behörden und andere Kreise dann dazu leisten könnten. Und insofern wäre ich sehr froh, wenn man das dann auch entsprechend einfliessen lassen würde in diesen ganzen Diskussionen. Weil hier, glaube ich, verändert sich auch der Tourismus sehr stark in Richtung derjenigen Leute, die nach Graubünden kommen und nicht Ski fahren. Hier gibt es viele Potenziale zu nutzen. Ich möchte das einfach noch ergänzend anbringen.

Standespräsident Michel: Möglicherweise ist mir ein Fehler unterlaufen. Man darf sich ja nur zweimal melden. Ich weiss nicht, ob Sie, Grossrat Marti, mit gestern mitgezählt, sich das dritte Mal gemeldet haben. Aber Sie können das, es ist meine Sache, zu intervenieren. Aber Ihr Votum ist angekommen. Grossrat Jeker.

Jeker: Es geht um ein Acht-Jahresprogramm, nicht um ein Ein-Jahresprogramm. Acht Jahre, sehr geschätzte Damen und Herren. Ich schliesse an die Ausführungen von Grossrätin Casutt und Grossrat Gunzinger an. Ich teile diese Ihre Meinungen voll und ganz. Ich habe auch Rücksprache gehabt mit namhaften und guten Kennern der Tourismusbranche und Verantwortlichen in den Regionen, die schlussendlich in den letzten Jahren was geleistet haben? Die Knochenarbeit. Die Knochenarbeit wurde in den Regionen geleistet. Ich bin überzeugt, wenn wir dieser Vorlage nun zustimmen, wird auch weiter in den Regionen die Knochenarbeit zu leisten sein und nicht in Chur, nicht in der Regierung, nicht im Parlament und auch nicht im AWT. Da bin ich überzeugt. Ich vertraue diesen Leuten. Gast sein heisst noch lange nicht Touristiker sein. Das müssen wir uns auch vor Augen halten. Ich nehme ein Beispiel aus einer Ihnen nicht unbekannten Region, die heisst Savognin. Wir bauten dort 2005 ein Cube Hotel und damit Sie wissen, wie die Verbindung ist von mir dorthin, ich bin dort weiterhin im Verwaltungsrat. Das sind Investoren aus Wien. Die haben das Cube Hotel in eigener Initiative zusammen mit den Bergbahnen aufgebaut. Dank des Cube konnten wir den Sommer massiv stärken. Diese Idee, die gestern Herrn Kunz zu erläutern versuchte, haben wir 2005 schon längst umgesetzt in Eigenregie, ohne staatliche Mittel, ohne Bemühen von aussen. Ich nehme ein weiteres Beispiel. Der Tourismus ist die Querschnittbranche. Das müssen wir einmal uns vor Augen halten. Man kann es nie genug betonen. Nehmen wir einmal an, die Gewerbebetriebe müssten auch so kutschieren, sich vernetzen, Angebote bündeln und schnüren, die im globalen Markt eben Stand haben. Glauben Sie wirklich daran, dass solche Gewerbebetriebe überhaupt zu haben wären für so eine Idee? Ich bewundere die Leute in den Talschaften, die bereit sind, sich nun zu öffnen. Jene, die sich nicht öffnen wollen, ja nu, dia händ halt ka.
Die Marktbearbeitung. Es wurde gestern gesagt, wir hätten das verschlafen. Das ist richtig. Graubünden hat die Fernmärkte verschlafen. Schweiz Tourismus hat zu lange zugewartet. Schweiz Tourismus ist zuständig für die übrigen Kontinente und nicht Graubünden Ferien. Graubünden Ferien hat gar nicht diese Möglichkeit, weder finanziell noch personell. Wenn wir nun in Graubünden Angebote schnüren wollen, können wir uns wesentlich bessere Chancen ausrechnen im globalen Wettbewerb erfolgreich zu sein. Und ich bin überzeugt, die Wertschöpfung kann dann gesteigert werden. Das ist ein wesentliches Element, das ich hier noch speziell erwähnen möchte. Eigeninitiativen sind gefragt. Das können wir mit diesem Programm. Da bin ich überzeugt. Und es geht ja über acht Jahre. Sollte der Kredit nicht aufgebraucht werden, ja nu, dann ist es halt so. Dann war die Eigeninitiative eben zu klein. Dieses Risiko, das können wir aufnehmen. Und zuletzt noch, leider wird es dann immer noch Trittbrettfahrer geben. Diese haben wir ja am liebsten. Ich bitte Sie, den Antrag der Regierung und der GPK zu unterstützen.

Engler: Jetzt muss ich doch auch noch etwas sagen. Ich wollte eigentlich nichts sagen. Aber das Votum von Regierungsrat Trachsel hat doch aufgezeigt, dass der grösste Teil, von dem, was er gesagt hat, stimmt. Ich gehe mit Ihnen, Herr Regierungsrat, voll eins, das ist der grösste Teil, ich komme dann schon noch warum, ich gehe mit Ihnen voll eins, dass der Kanton Graubünden nur überleben kann, wenn er zusammenhält. Wir haben im Kanton Graubünden keine Bahn, die sich alleine verkaufen kann, mit Ausnahme der RhB und der Diavolezza. Titlis ist etwas Spezielles. Da können Sie vom Hotel bis zum Restaurant und Kiosk vor der Bahn bis oben zum Gletscher alles erleben. Das haben wir nun bei uns im Kanton nicht. Wir haben bei uns im Kanton hervorragende Erlebnisse, die wir zusammen verkaufen müssen.
Ich habe gesagt, mit fast allem bin ich mit Ihnen gleicher Meinung. Wo ich nicht gleicher Meinung bin, ist das Vorgehen. Wir von der WAK, vielleicht bin ich jetzt ein bisschen betupft, aber wir von der WAK haben durch eine Pressekonferenz erfahren, dass hier 20 Millionen Franken, der Kanton zahlt elf Millionen Franken, aufgeteilt auf einzelne Jahre, im Tourismus etwas geschieht. Wir haben uns dann erkundigt. Ich habe mich schlau gemacht. Ich habe die Presseunterlagen zusammengesucht und und und, um überhaupt darauf zu kommen, was hier wieder abgeht. Ich habe den Präsidenten der WAK kontaktiert. Er hat auch gesagt, schick mir die Unterlagen, ich weiss auch von nichts. Ich denke, Herr Regierungsrat, das Vorgehen war eher ein bisschen dilettantisch aus Sicht der WAK und da wäre ich froh, ein anderes Mal, dass man den Leuten zuerst mindestens die Unterlagen zustellt, damit man weiss, was hier wieder abgeht, wo kann man helfen oder eben wo muss man etwas machen.
Wo ich mit Ihnen ganz klar gleicher Meinung bin, ich habe gesagt, dass der Gast im Team sein muss, wo ich ganz klar nicht gleicher bin, Grossrat Felix, die FDP ist nicht gegen den Tourismus. Die FDP unterstützt den Tourismus überall und wo es nur geht. Und Sie haben irgendwie die Brille falsch angehabt, als Sie das geschrieben haben. Ich war ein bisschen enttäuscht von Ihrem Votum. Ich habe mich dann, nachdem ich die Unterlagen zusammengesucht habe, mit unseren Touristikern, und mein politisches Umfeld ist die eine Destination, mein berufliches Umfeld sind zwei zusätzliche Destinationen, ich habe mich mit denen zusammengesetzt, habe mit denen alles besprochen und angeschaut und sie sind alle zusammen klar für Kooperationen auf allen Destinationen. Und hier geht es um Kooperationen im Bereich z.B. Golf. Es kann Bike sein, es kann Ski Nordisch sein. Es kann ja gut sein, dass es einmal eine Kooperation ist zwischen der Surselva, dem Unterengadin, der Lenzerheide und Davos über das Nordische oder eben Kongress, Kultur geben wird. Wir werden dann im Budget auch noch über Kultur reden, die für mich im Tourismus sehr wichtig ist. Und darum bin ich der Meinung, müssen wir, auch wenn ich mit dem Vorgehen der Regierung nicht einverstanden bin, diesen Verpflichtungskredit unterstützen. Was ich aber ganz klar an die Adresse der Regierung geben muss oder will, ist eine Forderung der grossen Destinationen, welche in diesem Papier nicht beinhaltet ist, aber gestellt wurde und zwar, dass die Rolle von GRF klar überdenkt werden muss und

definiert werden muss. Gemäss Aussagen der strategischen Ebene sei das eine grosse Forderung. Da bitte ich Sie, Herr Regierungsrat, dass Sie diesen Auftrag zu Ende führen und eine grosse Bitte habe ich mit dem Tourismusrat: Wir haben genügend Berater. Ich erlebe das tagtäglich, es gibt Berater und Berater. Und bitte, in einen Tourismusrat, da müssen Profis rein, die wissen, um was es geht im Tourismus und nicht Berater, welche einfach irgendein Konzeptchen schreiben und dann passiert sowieso nichts. In diesem Sinne habe ich Angst vor einer Botschaft, Kollege Jaag, dass wir dann hier im Grossen Rat über jedes Projekt im Kanton anfangen zu diskutieren, stundenlang, was dann am Schluss dem Tourismus nichts bringt und so kann ich den Rückweisungsantrag nicht unterstützen und unterstütze den Verpflichtungskredit.

Regierungspräsident Trachsel: Nur ganz kurz: Grossrat Marti, natürlich, wir sind auch empfänglich für Projekte wo Stadttourismus drin ist. Also es ist natürlich so, für einen Chinesen, der in einer 20-Millionen-Metropole lebt, ist Zürich schon ein Provinznest. Schon auf dem Land, oder? Und hier hat Chur auch Möglichkeiten. Das ist so. Wir stellen das fest, das ist eine grosse Diskussion bei Schweiz Tourismus, Städtetourismus gegen Bergtourismus. Der Markt in China hat das schon lange überlebt. Die wohnen unter Umständen einige Zeit in der für uns grössten Metropole Zürich, gehen dann aber noch an zwei, drei Orte und sind dann zwei, drei Nächte dort. Darum sagen wir ja, Kooperationen sind wichtig.
Zu Grossrat Engler: Ich nehme das entgegen. Aber das müsste man generell dann überlegen, wie man Geschäfte behandelt. Wir haben uns an die Geschäftsordnung gehalten. Ich kann Ihnen zum Tourismusrat so viel sagen: Es werden keine der bekannten Berater drin sein, es werden keine Universitäten und Hochschulen drin sein. Sondern wir suchen Leute, die den Tourismus kennen, wissen, von was sie sprechen, aber nicht primär Interessenvertreter sind. Ich nehme auch den Auftrag der Grossen auf, Graubünden Ferien zu überdenken, muss aber auch meinem Staunen Ausdruck geben, die Grossen haben dort die Mehrheit. Also Sie geben mir eigentlich einen Auftrag, den Sie selbst nicht erfüllt haben. Sie haben die Kompetenz dazu gehabt. Aber selbstverständlich nehme ich das entgegen.

Kunz (Chur): Ich habe Ihnen, sehr geschätzter Herr Regierungsrat, in Ihrem langen Votum sehr aufmerksam zugehört. Und ich muss sagen, Sie haben sehr viel gesprochen, aber ich muss gestehen, ich verstehe nicht, was Sie wirklich konkret wollen. Was ist das Ziel, das Sie verfolgen und wie überprüfen Sie, ob dieses Ziel erreicht ist? Sie haben Ihr Votum mit drei Wünschen abgeschlossen, das darin mündet, dass man zu mehr Kooperation, mehr Gemeinsamkeit kommen muss. Schauen Sie, wenn diese Bereitschaft in den einzelnen Destinationen, innerhalb dieser sehr heterogenen Player nicht da ist, werden Sie das auch mit 21 Millionen Franken nicht hinbekommen. Grossrat Jeker hat es hinbekommen, ohne einen Franken aus Chur. Tourismusbewusstsein. Alle ziehen an einem Strick: Bahn, Unternehmen, Hoteliers, Zulieferer, alle miteinander. Tourismusbewusstsein einer Region, das Sie Grossrat Jeker immer noch verkörpern. Hut ab, muss ich sagen, gemeinsam vorwärts, alle ein Bewusstsein für eine Idee. Aber mir fehlt einfach auch die Einfachheit der Aktion. Was wollen Sie? Wir haben viel Gutes gehört. Es stimmen auch sehr viele zu, weil Sie so viel verteilt haben, dass jeder etwas findet, das ihm gefällt. Ist doch bei uns genau gleich. Dem gefällt das, dem gefällt das, der hat daran Freude, der hat daran Freude, jeder holt ein bisschen Geld ab, pickt ein paar Rosinen. Aber was am Schluss die Wirkung im Ziel ist, wissen wir nicht.
Und das ist das zweite, das ist die Konzentration der Kräfte. Auch in Ihrem Programm. Innovation ist eines. Aber Sie haben fünf weitere Programme, wo niemand genau weiss, was damit überhaupt erreicht werden will. Gewisse Teile sind wirtschaftsrechtliche Basics, Basiswissen jedes Unternehmertums. Und damit schliesse ich diese Räte mit ein. Schauen Sie, wenn Graubünden Ferien die Akzeptanz nicht hat, Sie selber sagen es, Graubünden Ferien hat die Akzeptanz nicht, ja glauben Sie ein weiteres Gremium aus einem kompetenten Tourismusrat hilft? Und ich sage Ihnen auch warum nicht. Weil diese Leute, und das habe ich gestern gesagt, nicht ihr eigenes Geld investieren. Das sollen tolle Ideen sein? Sie tragen dafür nicht die Verantwortung, nicht wie Leo Jeker in einer Region, wo man sich für ein Konzept entscheidet und vorangeht. Das sind Leute, die das empfehlen. Das wäre toll, mach das. Investierst du auch? Nein, nein, ich nicht. Das ist der Tourismusrat. Völlig unbrauchbar. Und es ist ja nicht nur das eine Gremium. Wir haben etwa sechs dieser Gremien. Konzentration der Kräfte. Aufräumen. Hören mit diesen Beratungsgremien. Sie bringen uns nicht weiter.
Und Sie haben noch das dritte und das will ich sagen, die Konsequenzen. Regierungsrat Trachsel, ich bin bereit, Konsequenzen zu tragen. Wenn auch all diejenigen, die mit doppelt so viel Geld wie andere Mitbewerber unterdurchschnittliche Resultate erzielen am Markt, wo sind die Konsequenzen dieser verfehlten Marktorientierung? Wo sind die Konsequenzen für diese Personen, die Trends verpasst haben? Und da sage ich Ihnen einfach, wir haben eben zu viel staatliche Mittel im ganzen Kreislauf und damit keine Verantwortung mehr für das Produkt. Und da tun mir eben all diejenigen Leute leid, die mit einigem Geld engagiert sind und mit Herzblut für sich und ihre Sache kämpfen und sich einsetzen. Diese tollen Hoteliers, die wir haben. Das tut mir leid, weil es in einem allgemeinen Wirrwarr von Ideen und allgemeinem Geschwätz zerbröselt, muss ich sagen, von vielen, vielen Leuten, die keine Verantwortung übernehmen, weil es sich nicht um ihr Geld handelt und ihr Geld irgendwann über Zwangsabgaben sowieso kommt. Das ist für mich ein Problem. Nicht Verantwortung übernehmen für das eigene Produkt, weil man eben auf andere Weise finanziert. Das ist das Hauptübel. Und wenn wir sagen, was ist die Konsequenz, einfacher werden, Konzentration der Kräfte und Leute haben, die Konsequenzen tragen müssen für das, was sie tun mit staatlich alimentierten Mitteln.

Standespräsident Michel: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Diskus-

sion geschlossen. Ich gebe nun Grossrat Jaag die Möglichkeit zu einem Schlusswort.

Jaag: Niemand sagt hier drin Nein zum Tourismus. Wo wir uns unterscheiden in der Beurteilung ist in der Informationslage, insbesondere in der Informationslage vor der Session. Wir haben jetzt sehr, sehr viel gehört, aber das gehört eigentlich nicht hier hin, sondern ins Vorfeld, in die seriöse Vorbereitung. Öffnen Sie diese Blackbox und zwar nicht nur für die Branche, sondern für die Öffentlichkeit. Insbesondere auch fürs Parlament. Wir müssen die Leitlinien geben für die nächsten sieben Jahre. Das kann uns nicht gleich sein. Wir sind in der Pflicht, darüber zu befinden, ob uns das angenehm ist, ob es lange geht oder nicht. Aber die Grundlinien, meine ich, gehören hier hinein. Sagen Sie was, wo, wie, wann, kantig und mit Profil. Man hat doch nichts zu verbergen? Zu wenig Transparenz hat uns in diesem Kanton schon sehr viel Geld und Vertrauen gekostet. Schauen Sie, die Sensibilität ist einfach grösser geworden. Legen wir jetzt die Basis für Vertrauen, die Basis, die Vertrauen stärkt. Ich bin der Meinung, ich beantrage, erarbeiten Sie eine Botschaft, klären Sie, was Sie vorhaben, erklären Sie uns, was Sie vorhaben. Beschreiten Sie den ordentlichen parlamentarischen Weg inklusive WAK. Bitte sagen Sie Ja zum Bündner Tourismus, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sagen Sie Ja zur Tourismusentwicklung und stellen Sie dafür die jetzige kurzfristige Zurverfügungstellung des Verpflichtungskredit so zurück, bis wir wissen, für was wir abstimmen, zu was wir Ja sagen. In diesem Sinne bitte ich Sie, sagen Sie nicht Nein, sondern sagen Sie jetzt zum Verpflichtungskredit, stellen Sie den zurück. Das ist ein Unterschied, ein wesentlicher Unterschied. Und so kommen wir wirklich weiter im Tourismus in diesem Kanton und im Hinblick auf die nächsten sieben Jahre.

Standespräsident Michel: Ich gebe dem Präsidenten der GPK ebenfalls die Möglichkeit zu einem Schlusswort.

Pedrini; GPK-Präsident: Die GPK hat sich wie gestern ausgeführt mit diesem Verpflichtungskredit zuerst im DVS-Ausschuss und später in der Gesamtkommission gründlich auseinandergesetzt. Wir haben die Gelegenheit wahrgenommen, anlässlich des Zusammentreffens mit Regierungspräsident Hansjörg Trachsel das Kooperationsprogramm im Bündner Tourismus 2014-2021 uns vorstellen zu lassen. Wir haben viele Unterlagen bekommen, viele Informationen, die Sie übrigens heute auch bekommen haben und die ich gestern versucht habe, Ihnen weiterzuleiten. Die GPK ist einstimmig davon überzeugt, dass es ohne Weiteres konsequent ist, nach der Strukturbereinigung im Tourismus dieses neue Programm zu starten. Ich habe schon gestern kundgetan, dass der Bund an dieses Programm auch glaubt und entsprechende Beiträge von 10,5 Millionen Franken zur Verfügung stellt. Ich habe schon gestern informiert, welche Tourismusorganisationen ihre Bereitschaft bereits schriftlich, ich wiederhole es, schriftlich dokumentiert haben, sich für die Realisierung gemeinsam einzusetzen. Man kann sicher nicht behaupten, dass diese Organisationen nicht in der Lage sind, das zur Verfügung stehende Geld effizient und mit Wertschöpfung einzusetzen. Wenn der Kanton Graubünden immer noch die, ich wiederhole, die Ferienregion der Schweiz ist, ist es sicher Dank all den Akteuren im Tourismus zu verdanken, die bewiesen haben, dass sie fähig sind, Tourismus zu betreiben. Die Politik muss auch in diesem sehr wichtigen Bereich die Rahmenbedingungen schaffen. Es liegt nachher an den diversen Akteuren, die Chance zu packen. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass sie es packen werden. Die GPK beantragt Ihnen, wie man aus den Anträgen im GPK-Bericht entnehmen kann, dem Nettoverpflichtungskredit von 10,5 Millionen Franken zuzustimmen.

Standespräsident Michel: Wir schreiten nun zur Abstimmung. Wer den Rückweisungsantrag im Sinne von Grossrat Jaag unterstützen möchte, drücke die Plus-Taste. Wer dagegen ist, die Minus-Taste, Null für Enthaltungen. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Rückweisungsantrag mit 74 zu 37 bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung
Der Grosse Rat lehnt den Antrag Jaag mit 74 zu 37 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

Standespräsident Michel: Gibt es weitere Wortmeldungen zu 7.2 Tourismusprogramm Graubünden? 7.3 Umsetzung des kantonalen Integrationsprogrammes KIP Graubünden. 7.4 Herausgabe des neuen Lehrmittels. 7.5 Umbau einer Zivilschutzanlage. 7.6 IT-System Finanzen. 8 Finanzplan 2015 bis 2017. 8.1 Erfolgsrechnung. 8.2 Investitionsrechnung. 8.3 Kennzahlen. 8.4 Schlussfolgerungen. 9 Eröffnungsbilanz per 1. Januar 2013 nach HRM2. Gibt es Wortmeldungen zu 9.1 bis 9.5? Das ist nicht der Fall. Das ist doch der Fall. Grossrätin Casanova.

Eröffnungsbilanz per 1. Januar 2013 nach HRM2

Casanova-Maron: Ich habe eine Frage zur Eröffnungsbilanz nach HRM2. Und zwar betrifft diese das neu hinzugekaufte Paket, die Beteiligung an der Repower. Ich möchte gerne Auskunft darüber, wie gross der Buchverlust auf dem neu erworbenen Aktienpaket ist und die zweite Frage: Sehe ich es richtig, dass dieser Buchverlust in der Neubewertung der Aktien und Anteile, Sie sehen das hinten auf Seite 251 im Konto 1070, in diesen 555 Millionen Franken untergegangen ist, dass man das gar nicht erkennen kann? Und vielleicht als letzte Frage: Mit welchem Betrag wurde die Repower-Beteiligung letztlich in der Eingangsbilanz zu HRM2 bewertet?

Standespräsident Michel: Grossrätin Janom… Frau Regierungsrätin Janom, zum zweiten Mal, es tut mir Leid. *Heiterkeit.*

Regierungsrätin Janom Steiner: Kein Problem. Ich habe mich auch in den Reihen des Grossen Rates wohlgefühlt. Nun, ich bin dankbar für die Frage von Grossrätin Casanova. Ich habe Ihnen ja bereits gestern versucht zu erklä-

ren, dass wir im Moment für das laufende Jahr noch eine schwarze Null prognostizieren. Vorausgesetzt, dass keine negativen Überraschungen eintreten. Ich habe Sie aber auch darauf hingewiesen, dass der erwartete Abschreiber auf die Repower-Aktien in dieser schwarzen Null noch nicht eingerechnet ist. Also mit anderen Worten werden sich derartige Buchverluste in Zukunft eins zu eins auf das Finanzergebnis auswirken beziehungsweise durchschlagen. Das sind diese neuen Rechnungslegungsvorschriften. Das wird also dazu führen, dass Wertschwankungen bei den Finanzanlagen sich künftig direkt auf die Erfolgsrechnung und folglich auch direkt auf das Eigenkapital auswirken werden.
Nun zur konkreten Frage von Grossrätin Casanova: Wie haben wir das mit den Repower-Aktien gehandhabt beziehungsweise wie haben wir sie bewertet und was ist der derzeitige Buchverlust? Buchwert nach HRM2 Ende 2012, also am 31.12.2012: Dort hatte der von Alpiq übernommene Aktienanteil noch einen Buchwert von 86 Millionen Franken. Das heisst, wir haben die Aktien zu einem Preis von 250 Franken gekauft. Dazu kamen noch die Rechtskosten und das ergab somit einen Betrag von 86 Millionen Franken. Die Bewertungsbasis 1.1.2013, also einen Tag später, nach HRM2: Dort sind wir vom VWAP ausgegangen, d.h. 60 Tage. Der VWAP lag damals bei 213,88 Franken. Mit anderen Worten ist der Buchwert HRM2 1.1.2013 dieses Aktienteils nun bei 73 Millionen Franken. Wir haben also einen Buchverlust von 12,77, also 12,8 Millionen Franken zu verzeichnen. Damit Sie auch gerade noch wissen, was der heutige Stand ist: Ende November hatten wir einen VWAP von 161 Franken. Also das würde heissen, dass wir jetzt bei 55 Millionen liegen. Das würde heissen, dass wir Ende November 31 Millionen Verlust haben, Buchverlust zum damaligen Anschaffungswert. Und darum auch mein Hinweis gestern. Das wird sich in der Erfolgsrechnung und in der Bilanz und im Eigenkapital natürlich niederschlagen.
Zu Ihrer zweiten Frage, ob Sie das richtig sehen, dass dieser Buchverlust in diesem Konto sozusagen untergeht? Jawohl, Sie sehen das genau richtig. Aber ich meine, ich habe Ihnen nun alle Angaben gemacht, damit Sie genau berechnen können, wie wir nun diese Aktien bewertet haben, mit was für Buchverlusten wir rechnen müssen. Aber ich möchte mir hier doch den Hinweis erlauben, es sind Buchverluste. Einen echten Verlust haben wir erst, wenn wir realisieren.

Casanova-Maron: Herzlichen Dank Frau Regierungsrätin für die ausgezeichnete und umfassende Antwort. Leider komme ich nicht umhin, festzustellen, dass wir aufgrund dieser Tatsachen für das Jahr 2013 einen hohen Buchverlust zu erwarten haben auf das ganze Paket und wenn sich nicht noch dramatisch etwas ändert, werden wir davon ausgehen müssen, dass der Buchverlust sich um rund 100 oder über 100 Millionen Franken belaufen wird auf Ende 2013.

Regierungsrätin Janom Steiner: Ende November ist der Buchverlust für das ganze Aktienpaket bei 85 Millionen Franken.

Standespräsident Michel: Damit haben wir diese Frage geklärt. Wir machen nun eine Pause bis 10.30 Uhr. Hören Sie noch kurz zu. Heute ist der internationale Tag der Menschen mit Behinderung. Procap Grischun hat heute ab 10.00 Uhr bis nachmittags um 14.00 Uhr eine Standaktion vor dem Café Maron und dieser Anlass sei herzlich empfohlen. Schöne Pause.

Standespräsident Michel: Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, den Lärmpegel zu reduzieren, damit wir weiterfahren können. Ich werde nun nachfolgend die Nummern aufrufen und ersuche Sie, wenn jemand sich zu Wort melden möchte, dies zu tun. Ich werde also nicht einzeln all die Gremien aufrufen. Wir machen weiter auf Seite 71: 1000 Grosser Rat. 1100 Regierung. 1200 Standeskanzlei. Auf Seite 79: 2000 Departementssekretariat DVS. 2107 Grundbuchinspektorat und Handelsregister. 2210 Landwirtschaftliches Bildungs- und Beratungszentrum Plantahof. Grossrat Kollegger Andy.

DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND SOZIALES

2210 Landw. Bildungs- und Beratungszentrum Plantahof

Kollegger (Chur): Ich spreche zu Position 3635102 Beitrag an Dritte für Herdenschutz. Mit diesem Konto hat sich vor dem Hintergrund der in diesem Sommer gefassten Beschlüsse dieses Rates offenbar auch die GPK befasst. Ich danke ihr dafür bestens. Die Budgetierung fusst auf der bisherigen Konzeption Grossraubtiere. Das Konzept basiert auf der Überzeugung, dass ein Zusammenleben von Mensch- und Grossraubtieren möglich ist. Dieses Konzept will Voraussetzungen schaffen, damit natürlich zuwandernde Grossraubtiere in der Schweiz leben und sich als Teil einer Alpenpopulation auch reproduzieren können. In Franken heisst das defacto immer noch mehr Mittel. Im Budget 2014 macht sich das mit einem Plus von rund 210 000 Franken bemerkbar. Auch wenn diese Mittel, wie im Vorstoss von Gian Michael verlangt, möglicherweise vom Bund zurückkommen, ist das selbstverständlich nicht im Sinn meines in der vorletzten Session überwiesenen Auftrages zum Thema Grossraubtiere. Aber es wäre nicht zielführend und auch nicht seriös, jetzt irgendwelche Kürzungsanträge zu stellen. Denn eine Session vor meinem Auftrag wurde der bereits erwähnte Auftrag Michael überwiesen, der einen Ausbau des Herdenschutzes verlangt. Was wir hingegen machen, wir werden sehr aufmerksam und auch kritisch die Umsetzung meines Auftrags im Auge behalten und wo nötig und möglich auch begleiten. Sollte dieser nicht im Sinne der Überweisung vollzogen und betreut werden, sind in Zukunft konkrete Anträge selbstverständlich denkbar.

Pfenninger: Ich spreche zum Gutsbetrieb der PDGR. Dieser Gutsbetrieb war bisher inklusive Budget 2013 beim Gesundheitsamt 3212 budgetiert und ist jetzt ja meines Wissens übergegangen zum Plantahof. Und ich kann das aufgrund der Informationen aus dem Budget

eigentlich nicht entnehmen, wo diese Mittel hier dann eingestellt worden sind. Ich bitte um Aufklärung.

Standespräsident Michel: Herr Regierungspräsident, möchten Sie dazu etwas sagen?

Regierungspräsident Trachsel: Ich kann Grossrat Pfenninger orientieren. Auf Seite 85 oben, Kommentar Budget und Finanzplanung, letzter Satz: Eine in diesem Zusammenhang allfällige Übernahme des Gutsbetriebes Waldhaus ist im Budget nicht berücksichtigt. Das heisst, wir haben das Budget ja im April gemacht. Die Regierung hat bis jetzt nicht definitiv entschieden, wo der Gutsbetrieb Waldhaus ist. Die RBs sind ausstehend, weil sie mit einem Nachtragskredit verbunden sind, wenn es zum Plantahof kommt, weil es mit Personalschaffung verbunden ist. Die PDGR ist nicht im Personalplan der Regierung, also des Kantons. Und das braucht einen entsprechenden Beschluss der Regierung, und sobald der vorliegt, wird er auch der GPK vorgelegt. Die Beschlüsse sind vorbereitet, innerlich gefasst aber noch nicht in einem RB gefasst.

Standespräsident Michel: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir fahren weiter: 2222 Amt für Landwirtschaft und Geoinformation. 2230 Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit. 2231 Spezialfinanzierung Tierseuchenbekämpfung. 2240 Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit. 2241 Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. 2250 Amt für Wirtschaft und Tourismus. 2260 Amt für Raumentwicklung. 2301 Fonds gemeinnützige Zwecke und Suchtmittelmissbrauch. 2310 Sozialamt. 2320 Sozialversicherungen. 3100 Departementssekretariat DJSG. 3105 Staatsanwaltschaft. 3114 Amt für Justizvollzug. 3120 Kantonspolizei. 3125 Amt für Migration und Zivilrecht. Auf Seite 136: 3130 Strassenverkehrsamt. 3140 Amt für Militär und Zivilschutz. 3145 Spezialfinanzierung Zivilschutz, Ersatzbeiträge. 3150 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. 3212 Gesundheitsamt. 4200 Departementsdienste EKUD. 4210 Amt für Volksschule und Sport. 4221 Amt für höhere Bildung. Grossrätin Casanova.

Casanova-Maron: Ich bitte um Entschuldigung Herr Standespräsident. Ich wollte mich melden bei 3212. Aber mein Mikrophon hat nicht reagiert. Darf ich Sie anfragen, ob ich auf diese Position nochmals zurückkommen darf?

Standespräsident Michel: Sie dürfen fragen und es wird gestattet.

DEPARTEMENT FÜR JUSTIZ, SICHERHEIT UND GESUNDHEIT

3212 Gesundheitsamt

Casanova-Maron: Ich spreche zur Seite 146. Im unteren Teil zu Konto 3634106, das Konto heisst Trägerschaftsbeitrag an Kliniken, Heimzentren und Gutsbetrieb gemäss Psychiatrieorganisationsgesetz. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei der Regierung ganz herzlich bedanken. Sie wissen, dass ich diese Position mehrfach kritisiert habe und zwar wurde hier aus einem separaten Kässali die PDGR bedient, unter dem Titel Anlagenutzungskosten, abzugelten. Und ich habe dies immer als eine Ungerechtigkeit empfunden gegenüber allen anderen Leistungserbringern, sei das Spitäler oder Organisationen im Behindertenbereich. Ich stelle nun mit Befriedigung fest, dass eine Null budgetiert ist. Dies nicht nur für das Budget 2014, sondern auch im Finanzplan. Als Wermutstropfen bleibt mir, dass im Psychiatrieorganisationsgesetz nach wie vor Art. 13 lit. d und Abs. 2 nach wie vor drin steht. Die gesetzliche Grundlage, hier Beiträge in Zukunft wieder einzusetzen, wäre also noch vorhanden. Ich kann Ihnen aber versichern, dass ich die Position auch inskünftig genau beobachten werde. Ich bedanke mich aber für die Beseitigung dieser Ungerechtigkeit im Bereich Spitäler und bei den Behindertenorganisationen.

Standespräsident Michel: Möchte sich der Herr Regierungsrat dazu äussern? Es ist tatsächlich so, dass teilweise die Wortmeldungen zu spät hier ankommen. Aber ich glaube, wir können das überbrücken, indem wir das kulant behandeln. Wir gehen wieder auf die Seite 153: 4210 Amt für Volksschule und Sport. 4221 Amt für höhere Bildung. Auf Seite 163: 4230 Amt für Berufsbildung. 4250 Amt für Kultur. Grossrätin Locher.

ERZIEHUNGS-, KULTUR- UND UMWELTSCHUTZDEPARTEMENT

4250 Amt für Kultur

Locher Benguerel: Ich stelle an dieser Stelle den Antrag, das Einzelkonto 3636114, Beiträge an diverse Institutionen und Dachverbände, um 500 000 Franken von 140 000 Franken auf 640 000 Franken zu erhöhen. Sie finden dieses Konto auf der viertuntersten Linie auf der Seite 166. Mit diesem Antrag bezwecke ich eine globale Erhöhung des Kulturbudgets um eine halbe Million Franken. Den Antrag begründe ich Ihnen wie folgt:
Erstens, Ausgangslage: Seit gut einem Jahr sorgt die Kulturpolitik in unserem Kanton vermehrt und vielerorts für Diskussionen. Mit den Voten, welche parteiübergreifend zu verschiedenen Aspekten der Kultur während der vergangenen Augustsession im Grossen Rat fielen, darf davon gesprochen werden, dass die Kulturdebatte in unserem Kanton lanciert ist und auch die Kultur im Bündner Grossen Rat zum Thema wurde. Zu vier Themenfeldern fand die Kulturdiskussion im Grossen Rat statt. Erstens zur Anfrage Pult betreffend Weiterentwicklung der kantonalen Kulturpolitik, zweitens zum Auftrag Caduff betreffend Zwischenhalt bei der Totalrevision des Wirtschaftsentwicklungsgesetzes, drittens beim Auftrag Claus betreffend Totalrevision Kulturförderungsgesetz und viertens eben zum Thema Kulturbudgeterhöhung. Es scheint klar, dass ein Teil der Kulturdebatte die rechtlichen Rahmenbedingungen umfasst. Ein wichtiger Teil betrifft jedoch die Finanzierung. Dahingehend haben

sich verschiedenste Kulturschaffende in unserem Kanton in vergangener Zeit, in den vergangenen Jahren, deutlich geäussert. In der Augustsession wurde von verschiedener Seite eine substantielle Erhöhung des Kulturbudgets gefordert. Unter anderem habe auch ich mich für eine Erhöhung ausgesprochen. Mit diesem Antrag um eine Erhöhung des Kulturbudgets setze ich meine Worte nun in die Tat um.
Zweitens, Bedeutung der Kultur für unseren Kanton: Art. 90 unserer Kantonsverfassung verpflichtet Kanton und Gemeinden, das kulturelle und künstlerische Schaffen Graubündens zu fördern. Kultur pflegen heisst, Identitäten fördern, Visionen entwickeln, Gedanken anregen und Menschen verbinden. Kultur kann als Spiegel oder sogar als Kompass der gesellschaftlichen Entwicklung angesehen werden. In unserem Kanton ist die kulturelle Vielfalt einzigartig. Die Abgeschlossenheit und Kleinräumigkeit der vielen Täler Graubündens führt zu einem breitgefächerten Kulturangebot. Dieser Reichtum offenbart sich in vielfältigen Sparten, wie beispielsweise musikalischen, künstlerischen, literarischen und theatralischen Veranstaltungen. Kultur ist ein zentrales Feld gesellschaftspolitischer Zukunftsgestaltung. Dieses kulturelle Gut ist für unseren Kanton nebst der gesellschaftlichen auch von grosser touristischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Darüber haben wir vorhin bei der Tourismusdebatte zum Teil kurz gesprochen. Einzelne Grossräte und Grossrätinnen haben sich dazu geäussert und auch beim Auftrag Caduff haben wir uns darüber unterhalten. Nebst der Natur stellt Kultur ein wichtiges Kapital für unseren Kanton dar. Im Kanton Graubünden sind das kulturelle Schaffen und die kulturelle Vielfalt in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Dies strahlt weit über die Kantonsgrenze hinaus aus und darauf können wir stolz sein.
Drittens, Bedarf für mehr Mittel für die Kultur: Die Antwort der Regierung auf die Anfrage Pult hat gezeigt, dass die Kulturinvestitionen des Kantons seit der Einführung der Kulturförderungsgesetzes im Jahr 1998 deutlich gewachsen sind. Allerdings scheint heute auch offensichtlich, dass das kulturelle Schaffen insgesamt und die daraus resultierenden finanziellen Bedürfnisse noch stärker als die kantonalen Beiträge gewachsen sind. Dies betrifft insbesondere das professionelle Kulturschaffen. Damit sich dieses erhalten und weiterentwickeln kann, sind mehr Mittel unabdingbar. Entscheidend ist, dass mit dem vorliegenden Antrag die Gelder nicht umverteilt, sondern die ordentlichen Mittel des Kulturbudgets um eine halbe Million Franken erhöht werden.
Viertens, Wichtigkeit und Dringlichkeit: Wie erwähnt, behandeln wir später in der Session den Auftrag Claus, welcher eine Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes verlangt. Ich nehme die Diskussion nicht vorweg, möchte jedoch klar stellen, dass mit der Überweisung des Auftrag Claus zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr Geld gesprochen wird und dass dieses frühestens in ein paar Jahren greifen würde. In einer Totalrevision können wir die wichtigen Fragen der Strukturen und Grundlagen der Finanzierung klären und insbesondere auch diejenige des Subsidiaritätsprinzips. Für zusätzliche Mittel für die Kultur besteht jedoch jetzt dringender und ausgewiesener Handlungsbedarf. Diesem werden wir mit einer Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt gerecht.
Fünftens, Finanzielle Ausgangslage des Kantons: In Ihrem Eintretensvotum wurden wir von der Finanzdirektorin angehalten, zurückhaltend oder, sie hat nicht gesagt zurückhaltend, sondern von Regierungsseite gar keinen Franken Mehrausgaben zu tätigen mit diesem Budget. Fakt ist jedoch, dass unser Kanton ein Eigenkapital von 2,6 Milliarden Franken ausweist. Ich weiss um die Verschiebung durch HRM2 und um das prognostizierte Defizit und ich weiss auch, dass wir keine Franken mehr in der Kasse haben. Aber, wir haben auch keinen Franken weniger im Vermögen. Und dieses Vermögen ist beträchtlich. Vor nicht allzu langer Zeit waren die Regierung und eine Mehrheit hier im Saal bereit, 300 Millionen Franken für Olympische Winterspiele auszugeben. Davon 180 Millionen alleine nur für die Sicherheitskosten. Dem stelle ich meinen Antrag für eine halbe Million Franken mehr für Kultur gegenüber. Wir können es uns leisten, wenn wir wollen.
Sechstens, Umsetzung des Antrags: Die Kultur in unserem Kanton wird einerseits über die Landeslotteriegelder finanziert, das ist dann auf der Seite 179 des Budgets dargestellt. Andererseits über die ordentlichen Ausgaben. Unser Einflussbereich als Grosser Rat sind die vorliegenden Konti auf der Seite 166. Um auf der strategischen Ebene zu bleiben und nicht in die operative Ebene einzugreifen, habe ich mich entschieden, einen globalen Antrag um Erhöhung zu beantragen. Eine Klammerbemerkung: Ich habe den Antrag auf die formale und finanztechnische Richtigkeit prüfen lassen. Zudem habe ich mir bestätigen lassen, dass in den vergangenen Jahren eine zunehmende Anzahl von Kulturinstitutionen eine Budgeterhöhung beantragte. Die Regierung kann aufgrund der ihr vorliegenden begründeten Anträge und auch in Beurteilung der Vergabe der Mittel in den vergangenen Jahren beurteilen, wer durch diesen Antrag in den Genuss von einer Erhöhung kommen soll. Somit kann die Verteilung des zusätzlichen Budgetkredits eben dann in der Hoheit der Regierung sein. Aber namentlich sollten unter anderem die drei grössten Kulturinstitutionen mit professionellem Kulturschaffen, das Theater Chur, die Kammerphilharmonie Graubünden sowie das Kulturfestival Origen in den Genuss von zusätzlichen Mitteln kommen. Es geht hier auch um die Sicherung der Existenzgrundlage. Ich betone an dieser Stelle, dass diese Aufzählung nicht abschliessend ist. Mir liegt nämlich eine Zusammenstellung vor, in welcher aufgelistet ist, welche Institutionen für 2014 mehr Geld beantragten. Insgesamt beliefen sich die Anträge, welche über das ordentliche Budget laufen, gegen eine oder gut eine Million Franken. Somit wird deutlich, dass mit dem Antrag um Erhöhung um eine halbe Million Franken sicher nicht alle Bedürfnisse gedeckt werden können. Es geht jedoch darum, jetzt diesen ersten Schritt zu machen. Um dem kulturellen Schaffen gerecht werden zu können, wird es in den nächsten Jahren, spätestens falls wir einer Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes zustimmen, noch weitere, zusätzliche Mittel brauchen. Entscheidend ist, dass mit dem vorliegenden Antrag, die Kulturgelder nicht umverteilt, sondern substantiell um eine halbe Million Franken erhöht werden.

Ich komme zum Schluss: Ich bin überzeugt, dass die Erhöhung des Kulturbudgets um 500 000 Franken jetzt dringend nötig ist. Die Gründe dafür habe ich Ihnen ausführlich dargelegt. Es handelt sich um eine Investition in unserem Kanton, welche sich mit Sicherheit auszahlen wird. In diesem Sinn bitte ich Sie, geschätzte Grossratskolleginnen und Grossratskollegen, den Antrag zu unterstützen und damit das Bekenntnis für den grossen Stellenwert des kulturellen Schaffens in unserem Kanton zu setzen.

Antrag Locher Benguerel
Erhöhung der Beiträge an diverse Institutionen und Dachverbände (Konto 3636114) um 500 000 Franken von 140 000 Franken auf 640 000 Franken.

Burkhardt: Das kulturelle Schaffen in Graubünden wird alles andere als stiefmütterlich behandelt. Die Wertschätzung deren Arbeit ist sehr hoch und wird auch dementsprechend fürstlich unterstützt. Der Kanton, Bund und der Landeslotteriefonds tragen gesamthaft rund 15 Millionen Franken dazu bei. Im Vergleich zu anderen Kantonen gibt Graubünden pro Kopf und Einwohner mehr aus, als fast alle anderen Kantone und belegt in diesem Vergleich einen der vordersten Plätze. Dass diese Förderung attraktiv ist, zeigt sich auch darin, dass viele Kulturschaffende von ausserhalb Graubündens hier aktiv werden und ihr Glück auf Beiträge versuchen, dies auch mit Erfolg.
Die Liste der Projekte, die der Kanton fördert, Beiträge spricht, Beiträge bezahlt, ist sehr lang. Sie ist meines Erachtens ausgewogen und deckt alle Bereiche des kulturellen Schaffens sehr gut ab. Diese Beiträge werden durch die Kulturförderungskommission und den zuständigen Regierungsrat im Departement vorgeschlagen und gesprochen. Was mir auffällt ist, dass die meisten gesprochenen Beiträge über Jahre in der gleichen Höhe ausbezahlt wurden und auch in den nächsten so budgetiert sind. Meines Erachtens müsste es das Ziel sein, beim Start eines unterstützungswürdigen Projektes finanziell mitzuhelfen. Läuft das Projekt gut an und hat Zukunft, das Interesse der Besucher und Kunden gross ist, kann der Zustupf des Kantons doch auch einmal reduziert werden. So hat man wieder Mittel frei, um spezielle, einmalige Projekte, wie Frau Locher das erwähnt hat, oder neu entstehende Projekte zu fördern. Dies ganz nach dem Motto: Man muss sich halt nach der Decke strecken. Ich bitte Sie, der Erhöhung des Beitrages nicht zuzustimmen und den Auftrag von Sandra Locher abzulehnen.

Dermont: Ich unterstütze den Antrag meiner Kollegin und Präsidentin der KBK, Frau Sandra Locher, das Kulturbudget um eine halbe Million Franken zu erhöhen. Begründen möchte ich das wie folgt, um nicht nochmals die bereits genannten Gründe zu wiederholen: Kultur spielt in jeder Gesellschaft eine elementare Rolle. Den einzelnen Menschen vermittelt sie ein Bewusstsein von Identität, von Zugehörigkeit, von Mitgestaltungmöglichkeiten. Die Kultur vermag damit Lebenssinn zu vermitteln. Das Kollektiv wiederum definiert sich wesentlich aus der Kultur. Gebräuche, Rechtsnormen oder politische Spielregeln des Zusammenlebens sind kulturell bedingt. Jedes Gemeinwesen hat daher ein fundamentales Interesse an einer lebendigen Kultur. Kultur im engeren Sinne, also das künstlerische Schaffen in allen Sparten, kann, sofern sie berührt, anregt und bewegt, Hoffnungen und Nöte einer Gesellschaft thematisieren und deren Vitalität ebenso wie latente Probleme zum Ausdruck bringen. Die Förderung dieser Kultur durch die öffentliche Hand trägt somit wesentlich zur umfassenden, lebendigen Kultur einer Gesellschaft bei. Ich glaube, dass niemand hier in diesem Rat bestreitet, dass die Bündner Kultur in der Vergangenheit sowie heute zur Steigerung der Wohn- und Standortqualität beigetragen hat und beiträgt. Auch bin ich überzeugt, dass die Kultur nicht zuletzt einen ernstzunehmenden Wirtschaftsfaktor darstellt. Nicht zu vergessen, dass die Kultur in Tourismusdestinationen eine zentrale Stelle einnimmt und nicht mehr wegzudenken ist.
Eine der Hauptaufgaben der Kulturförderung ist meiner Meinung nach die Unterstützung des professionellen Kulturschaffens im Kanton. Bedeutende Projekte und Veranstaltungen können selbst bei angemessener Finanzierung von dritter Seite ohne Hilfe der öffentlichen Hand nicht durchgeführt werden, was ein grosser Verlust für unseren Tourismuskanton wäre. Auch sollten wie bis anhin Vereine, Laienkultur usw. einen Beitrag für ihr Engagement erhalten. Richtig finde ich, dass die Kulturförderung auf dem Subsidiaritätsprinzip beruht. Angemessene Eigenleistungen der Kulturschaffenden sollten weiterhin in jedem Falle vorausgesetzt werden. Auf die Verteilung der eventuell erhöhten Gelder möchte ich nicht näher eingehen, sondern dies dem Departement überlassen. Nur so viel: In jeder Region unseres Kantons, auch in der Surselva, gibt es sogenannte Kulturpfeiler, die noch in höherem Masse unterstützungswürdig sind und unsere Defizitdeckungsgarantien verdienen. Die Budgetierung der letzten Jahre hier im Grossen Rat hat gezeigt, dass dies viel zu vorsichtig geschehen ist, was man dann anhand der Rechnungsabnahme immer feststellen konnte. Grossratskollege Pult hat das zu Recht bei seinen Bemerkungen zum vorliegenden Budget bereits ausführlich erklärt. Ich teile seine Meinung. Dies hat mir gefallen. Darum bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ein bisschen Mut zu beweisen und dem Antrag von Sandra Locher zuzustimmen.

Troncana-Sauer: Ich denke, hier drinnen haben wir alle ein gemeinsames Ziel. Wir wollen unserem Kanton eine Perspektive für die Zukunft bieten. Dies kann man unbestritten auf verschiedene Art und Weise vollbringen. Wir können unsere Reserven einsetzen, um möglichst lange davon zu zehren. Dann reicht das Fettpolster unseres Kantons doch noch eine ganze Weile. Ist dieses Polster jedoch aufgebraucht, dann haben wir nichts erreicht, um gestärkt und zuversichtlich in die Zukunft zu schauen. Wir könnten aber auch einen anderen Weg gehen und versuchen, die Stärken unseres Kantons zu fördern und die Chancen, welche vorhanden sind, zu sehen und sie auch zu packen.
Was für Möglichkeiten bieten sich im Kanton Graubünden an? Zum einen ist sicher zu nennen, die Ansiedlung neuer Industriebetriebe ist eine Möglichkeit, aber nicht

im ganzen Kanton realistisch. Was haben wir in den übrigen Gebieten, die sich für solche Vorhaben nicht eignen, noch für andere Möglichkeiten? Als Vertreterin einer Tourismusdestination spreche ich von den Möglichkeiten, welche sich für Tourismusdestinationen und die Randregionen in diesem Kanton anbieten. Bildung könnte ein Thema sein, sei es das Sportgymnasium oder Talentschulen, aber auch Ausbau der Bildung analog der HTW. Ausbau des Forschungsplatzes Graubünden. Davos hat gezeigt, dass das funktioniert. Gesundheitstourismus ist ebenfalls ein wichtiges Feld, welches wir besetzen können. Hier haben Scuol und das Oberengadin Projekte in die richtige Richtung realisiert. Und dann kommt, für mich ganz wichtig, die Kultur. Die Kultur kann ein wichtiger Player sein, um unseren Kanton attraktiv zu machen, sei dies für die ortsansässige Bevölkerung oder eben auch für unsere Gäste. Gute Kultur bietet auch Lebensqualität und diese wird gleichermassen von Einheimischen und Gästen geschätzt. Kultur kann in einem Kanton, wo der Tourismus, und darüber haben wir jetzt sehr lange gesprochen, eine wichtige Rolle spielt, auch Werbung und Marketing sein. Ich bin felsenfest überzeugt, dass wir mit hochstehender Kultur Gäste für unseren Kanton gewinnen können. Kultur kann auch Regionalentwicklung sein.
Was professionelle Kultur in den meisten Fällen nicht kann, ist, Rendite in Form von Barem abzuwerfen. Kultur kann jedoch Wertschöpfung generieren. Diese ist in den meisten Fällen sogar direkt messbar. Mit der Erhöhung des Budgets um 500 000 Franken bewegen Sie in der Kultur sehr viel. Im Marketing, so sagen die Experten immer, sehr wenig, das sei kein Betrag. Da braucht es massivere Investitionen. Die Schwierigkeit ist vielleicht, dass Kultur sowohl Genuss, Regionalentwicklung und Tourismusförderung sein kann. Das ist ja schon beinahe verdächtig. Kann ein so multifunktionales Tool überhaupt gut sein? Eigentlich müssten wir uns wirklich darüber freuen und diese Chance nicht vorbei ziehen lassen.
Den Anträgen auf Budgeterhöhung des Theaters Chur, der Kammerphilharmonie Graubünden und dem Kulturfestival Origen konnte nicht entsprochen werden. Der Rahmen des Budgets liess dies nicht zu. Ich bitte Sie darum, als Grosser Rat eine Budgeterhöhung um eine halbe Million zu beschliessen. Damit ermöglichen Sie, dass die grossen, professionellen Kulturinstitutionen überleben, bis wir das Kulturfördergesetz überarbeitet haben. Wir sichern uns eine Chance, damit wir in Zukunft weiterhin Leuchttürme in dieser Branche haben in unserem Kanton. Wir wissen alle, dass ein Aufbau viel länger dauert als der Untergang einer Institution. Ich beurteile die direkte Wirkung eines hochklassigen kulturellen Angebotes als ausserordentlich wichtig für unseren Kanton. Die Kammerphilharmonie Graubünden gastiert im ganzen Kanton. Das Stadttheater Chur bietet für alle Bewohner Graubündens hochstehende Kultur. Origen ist in der Vergangenheit ganz neue Wege gegangen mit dem Festival da Cultura. Das Karlsjahr bietet dem Kanton Graubünden eine einmalige Chance, weil es eine einzigartige Kooperation zwischen Surses, Engadin und Val Müstair ist. Ich bin überzeugt, dass eine direkte Wertschöpfung in allen drei Regionen stattfinden wird. Wir dürfen auf die Bündner Kulturschaffenden stolz sein. Sie gehören zur Spitze. Wir müssen ihnen jedoch auch eine Möglichkeit bieten, in diesem Kanton arbeiten und wirken zu können und nicht nachträglich bedauern, und das machen wir sehr oft, dass Bündner aus ihrer eigenen Heimat vertrieben werden, weil wir die Chance nicht wahrgenommen haben. Wir stellen fest, dass andere Tourismusdestinationen bereits heute sehr erfolgreich die Wintersaison mit einem kulturellen Event verlängern. So zum Beispiel Ischgl und Zermatt. Arosa in unserem Kanton hat mit dem Humorfestival gezeigt, wie man mit Events Logiernächte generiert. Sie haben eine gute Aufbauarbeit betrieben und ernten nun Jahr für Jahr die Früchte dieser Arbeit. Wir haben jetzt lange diskutiert bei der Tourismusförderung, dass wir etwas machen möchten. Hier haben Sie die Möglichkeit, diesen Worten Taten folgen zu lassen.
Als Gemeindepräsidentin von Silvaplana: Wir werden diesen Winter Origen zu Gast haben und ich kann Ihnen versichern, ich werde Ihnen nächstes Jahr um diese Zeit sagen können, was das Investment der Gemeinde bringt, das Budget ist ohne Diskussion durchgegangen, die ganze Bevölkerung ist überzeugt, dass wir in Tourismusdestinationen mit Events Wertschöpfung generieren und zwar direkt und sofort. Wenn wir dieses Budget erhöhen können, dann werden wir Ende Jahr sehen, was Kultur als Tourismusförderung in unserem Kanton bewirken kann. Ich bitte Sie wirklich eindringlichst, lassen Sie Ihren Worten, die wir vorher gehört haben, es stehen alle zum Tourismus, lassen Sie diesen Worten jetzt Taten folgen und erhöhen Sie jetzt dieses Budget um diese halbe Million Franken. Der Kanton wird nicht ärmer darum, er wird reicher.

Claus: Die Budgeterhöhung, die Grossrätin Locher hier fordert, ist eben im Gegensatz zu der Blackbox, die wir vor einer Stunde besprochen haben, sehr klar und einfach und auch inhaltlich ausgewiesen. Sie möchte hauptsächlich für drei professionelle Kulturinstitutionen Graubündens eine Budgeterhöhung. Sie werden nun vielleicht von mir wissen wollen, ob vorgängig einer solchen Erhöhung und Zuweisung nicht die Resultate der Revision des Kulturgesetzes abzuwarten sind. Dazu gilt es festzuhalten, dass diese drei Institutionen mit je einem Umsatzvolumen von anderthalb Millionen Franken klar zu den professionellen Kunstanbietern ihrer Sparten gehören. Die Kammerphilharmonie, das Theater Chur und das Kulturfestival Origen sind darüber hinaus aber in den letzten zehn Jahren zu einem Wirtschaftsfaktor für den Kanton geworden. Dieses Fazit werden auch vertiefte Abklärungen und Zuordnungen, die mit einer Revision des Kulturfördergesetzes und auch departementsübergreifend eine Betrachtung erfordern werden, werden genau zu dieser Auslegeordnung kommen müssen. Ohne diese Arbeit vorweg zu nehmen, kann objektiv festgehalten werden, dass diese Leuchttürme des Bündner Kulturlebens im Moment unterfinanziert sind. Um diese kontinuierliche Arbeit dieser Institutionen und das Bestehen dieser Institutionen nicht zu gefährden, sollten wir bis zu dieser Revision den Sprung machen und eben diese halbe Million Franken Budgeterhöhung hauptsächlich diesen Institutionen zugutekommen lassen. Ich bitte Sie

also hier, diese Übergangslösung zu tragen, ich bitte Sie, im Sinne einer Kulturförderung dies zu tun, aber eben auch im Sinne einer konkreten Massnahme der Wirtschaftsförderung, der Eventförderung für diese drei Institutionen, hier diese halbe Million Franken zu sprechen.

Marti: Der Kanton Graubünden ist reich an Kultur, aber sicher auch arm an Mitteln. Und der Kanton Graubünden lebt davon, dass in unserem Kanton sehr viele Kulturschaffende enorm viel leisten, ohne mit den Geldern, die daraus gewonnen werden können, wirklich gut überleben können. Ich habe selbst einen Bruder, der Schauspieler ist, und ich kann es aus familiärer Betrachtung nur bestätigen, wie oftmals es schwierig ist, in diesem Beruf über die Runden zu kommen. Es geht hier aber nicht um einzelne Individuen, es geht um gewisse Fragen der Kultur insgesamt. Und der Antrag von Grossrätin Locher zielt hier in eine Richtung, wo es darum geht, ob man hier vermehrt noch etwas Akzente setzen möchte oder eben nicht. Sie hat verschiedene Punkte aufgezählt, die Kultur als ideelle, wichtige Angelegenheit. Ich sage es aber auch in dem Sinne, es ist auch aus geschäftlicher Sicht durchaus sehr wichtig, die Kultur genauer anzuschauen. Ich habe mir die Mühe genommen und habe beispielsweise, und ich war durchaus auch beeindruckt, mit Herrn Netzer gesprochen, wie er die Wertschöpfung seiner Produkte oder seiner Aufführung, Darbietung, wie er das berechnet. Und ich muss Ihnen sagen, ich komme aus der Wirtschaft, bevor ich in der Politik angekommen bin. Da könnte noch manch einer etwas lernen, wenn man dann schaut, wie diese Investitionen in den Regionen auch zu einer Wertschöpfung führen. Das hat mich sehr wohl beeindruckt. Und ich habe mich deshalb auch gefragt, inwieweit die verschiedenen Leuchttürme, die hier angeführt wurden, wie das Stadttheater Chur oder auch die Kammerphilharmonie oder Origen, inwieweit die vielleicht dann auch vergleichbar sind mit folgenden anderen Leuchttürmen. Und wenn ich Sie hier vielleicht frage: An was denken Sie, wenn ich das Stichwort Luzern nenne? Dann denken Sie an das KKL, genau. Zürich? Dann denken Sie an das Opernhaus, vielleicht auch den Schiffsbau. Wenn ich Basel nenne, dann kommt Ihnen möglicherweise die Fondation Beyeler in den Sinn. Wenn ich Locarno oder Solothurn sage, dann sagen Sie Filmfesttage. Wenn ich Winterthur sage, dann sagen Sie möglicherweise Casino Winterthur. Also das ist doch ein Beleg dafür, dass grundsätzlich solche Leuchttürme eine touristische, eine städtische Anziehungsquelle darstellen, wo manch einer sagt, ich gehe beispielsweise ins Oberhalbstein, weil ich weiss, dass Origen dort ist. Oder ich gehe nach Chur, hier wäre dann noch etwas aufzuholen, weil es da ein Stadttheater gibt.
Nun, die Stadt Chur gibt entsprechende Gelder in diese Richtung, und zwar erhebliche aus der Sicht der Stadt Chur, im Verhältnis der doch auch knappen Möglichkeiten der Stadt, aber immerhin drei Millionen Franken rund ist der Stadt Chur die Kulturförderung wert, teilweise in den grösseren Dingen, wie Stadttheater, Kliibühni beispielsweise, aber auch Theaterproduktionen werden insgesamt mit 180 000 Franken unterstützt. Das Stadttheater mit 860 000 Franken, dann noch die Liegenschaft, die dazu gegeben wird etwa mit 309 000 Franken, aber auch gewisse Verbesserungen in die Infrastruktur und die Technik, allein im letzten Jahr über 100 000 Franken. Der Kanton steuert beispielsweise an das Stadttheater Chur 280 000 Franken bei, und Herr Regierungsrat, ich danke ausdrücklich dafür. Es ist aber der kleinere Teil, wenn man jetzt zum Beispiel das Stadttheater nimmt, den grösseren Teil steuert die Stadt Chur bei, sicher etwa vier Mal mehr. Kammerphilharmonie, auch hier bezahlt die Stadt Chur einen Beitrag, etwa die Hälfte des Kantons, was doch auch als erheblich genannt werden darf.
Nun, aus der Optik der Wertschöpfung bin ich der Auffassung, dass wenn diese überlegt gesteuert werden kann, dass es sich durchaus auch lohnt, bei der Kulturgelder einzusetzen. Kleinere Beiträge für wichtige kleinere Institutionen, dort kann die Wertschöpfung nicht alleine an erster Stelle stehen, dort geht es auch um Wohlgefühl, um Lebensqualität, das wurde genannt von Vitus Dermont beispielsweise. Bei den grösseren aber darf durchaus die Wertschöpfung im Zentrum stehen. Und wir sind überzeugt in der Stadt, dass wir hier Wertschöpfung erzielen können und wären sehr dankbar um entsprechende Förderung oder zusätzliche Förderung des Kantons. Denn ich bin auch der Meinung, dass gewisse grössere Firmen, die führen Ansiedlungsentscheide auch darauf zurück, ob man in einer Stadt ein gewisses Zusatzangebot an kulturellen Möglichkeiten hat. Und insofern wäre es auch in diese Richtung mit Bestimmtheit eine zusätzliche Chance für eine Kantonshauptstadt oder auch für ein Gebiet, St. Moritz haben wir gehört, Oberhalbstein etc. Nun, ich möchte Sie hier auch bitten, nicht nach der Logik, die natürlich Budgets in der Regel haben, Ausgabenpositionen, die sind in absoluter Grösse erkennbar, hingegen Wertschöpfungszahlen eben leider nicht. Wertschöpfungszahlen kann man nicht immer eins zu eins belegen, aber ich habe gesagt, am Beispiel Origen konnte ich mich persönlich davon überzeugen, dass dort Wertschöpfung erzielt wird. Ich werde daher diesen Antrag Locher unterstützen, und bitte Sie auch darum.

Sax: Gerne möchte ich zum Antrag Locher auf Erhöhung der Budgetmittel für die Kultur ein paar Ausführungen machen. Aus Sicht von Obersaxen, der Standortgemeinde von Opera Viva, fühle ich mich dazu sicher legitimiert und habe gleichzeitig auch meine Interessenbindung bereits bekannt gemacht. Ich sehe den Antrag Locher so, wie er präsentiert worden ist von der Antragstellerin, mit der globalen Erhöhung als Zeichen dahin, mehr Mittel für die Kultur einzusetzen und damit den Prozess zur Revision der Kulturförderungsgesetzgebung auch tatsächlich einzuleiten. Dies ist nach meiner Beurteilung wichtig und richtig. Denn es braucht für unsere grossen Kulturanlässe mehr finanzielle Unterstützung. Der Kanton kann damit beitragen, dass uns diese Projekte auch in Zukunft erhalten bleiben. Darauf sind wir angewiesen, um das professionelle Kulturschaffen letztlich auch als Teil unseres Tourismusangebots wirtschaftlich positionieren zu können.
Kürzlich, am 15. November 2013, hat die Regierung in den Medien mitgeteilt, welche Beiträge im nächsten Jahr an kulturelle Veranstaltungen fliessen. Sie hat das wieder

einmal in einem Paket beschlossen, so auch mit dieser Medienmitteilung mitgeteilt die Beiträge für das nächste Jahr an Origen für die Veranstaltungen im nächsten Jahr, die ordentlichen Veranstaltungen, Beiträge an Origen für die Musiktheaterproduktion „David“, die Beiträge an Opera Viva Obersaxen, Beiträge an das Jazz-Festival St. Moritz und die Beiträge an das Jodlerfest. Sie haben das sicher in den Medien auch gesehen. Alle Projekte, die ich jetzt beispielhaft genannt habe, aus dieser Medienmitteilung der Regierung zitiert, sind Grossanlässe. Nicht nur dies haben sie gemeinsam, sondern sie haben eine weitere Gemeinsamkeit: Alle Anlässe haben weniger Mittel erhalten als sie beantragt haben. Sie haben nicht weniger erhalten, weil die Gesuche vielleicht nicht begründet gewesen wären, weil der Bedarf nicht ausgewiesen gewesen wäre, sondern sie haben weniger Mittel erhalten, weil nicht mehr Mittel vorhanden sind. Letztlich haben alle gleich viel erhalten wie in den letzten Jahren, das war die Richtschnur, so wie es mir mitgeteilt worden ist. Und so ist auch dann wahrscheinlich diese Liste, die Grossrätin Locher genannt hat, entstanden, dass eben eine Liste besteht von Projekten, von Grossanlässen, die mehr verlangt haben als sie bekommen konnten und somit eine Million Franken, wie wir gehört haben, etwa nicht gedeckt werden konnte für das nächste Jahr. Dies, obwohl sicher der Bedarf ausgewiesen wäre und auch gerechtfertigt wäre, denn es geht darum, diese Kulturanlässe, welche eine wirtschaftliche Bedeutung in den Regionen haben, mit mehr Mitteln zu unterstützen.
Wie ich einleitend gesagt habe, bin ich dafür, dass mit einer Zustimmung ein Zeichen gesetzt wird für mehr Mittel für die Kultur. Gerne hoffe ich natürlich, dass damit auch ein Mehrbetrag für Opera Viva Obersaxen übrig bleibt. Im Vertrauen also auf diese richtige Einsetzung der Mittel durch die Regierung und die Kulturförderungskommission kann ich diesen Antrag, wie er gestellt worden ist, global unterstützen. Die konkrete Verteilung der Mittel ist nämlich nicht unsere Aufgabe, sonst könnten wir ja die Kulturförderungskommission abschaffen, wir könnten auch die Regierung in diesem Bereich abschaffen oder ausser Kraft setzen. Ich glaube, das wollen wir nicht. Wir bleiben bei der strategischen Ebene, wie wir dies hier auch bei anderen Punkten machen. Unterstützen Sie also den Antrag Locher als Zeichen für mehr Mittel für die Kultur. In Obersaxen pflegen wir zu sagen, dass auch Sport Kultur ist und auch wenn beide Bereiche uns wichtig sind, tragen wir dies zur Positionierung unseres Ortes bei. Und auch wenn wir heute, wenn wir jetzt dann abstimmen, nicht mehr aufstehen müssen um abzustimmen, so bitte ich Sie, mit der Zustimmung das Startzeichen zum sportlichen Weg der Stärkung, der Unterstützung der Kultur einzuleiten, global mit diesen 500 000 Franken und nicht schon zugeteilt auf einzelne Projekte.

Deplazes: Aus folgenden Gründen braucht die Bündner Kultur mehr Unterstützung: Kultur ist Begegnung. Kultur ist Nahrung für Geist und Seele. Kultur ist Austausch. Kultur holt die Menschen aus den Häusern ins Dorf. Kultur bewegt. Kultur in Graubünden ist extrem vielfältig. Kultur bringt Menschen aus verschiedenen Kulturen zusammen. Kultur erweitert den Horizont. Kultur bringt uns Bündner einander näher. Deshalb bitte ich Sie, der vorgeschlagenen Erhöhung des Kulturbudgets zuzustimmen.

Noi-Togni: Ich spreche zu dieser Position und unterstütze sehr das Vorhaben von Grossrätin Locher. Dies vor allem in Anbetracht der Wichtigkeit der Kultur in den Talschaften des Kantons. Ein Kanton übrigens, der für die Aufmerksamkeit für die Kultur, Beachtung und Pflege von Kulturobjekten und Kulturaufführungen und der Erhaltung und Unterstützung des Kollektivgedächtnisses nicht zuletzt aufgrund seiner drei Sprachen und Kulturen prädestiniert ist. Was eine schöne, aber auch eine schwierige Aufgabe ist, für welche Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Aber macht man mit dem nur der Kultur einen Gefallen? Nein. In einer Zeit, wo viel spricht für ein Erwachen der Kultur in den gemeinsamen Aktivitäten der Gesellschaft, in neuen Formen des Zusammenseins zwischen Menschen mit ähnlichen Interessen, ist die Vermutung, dass die Ausübung solcher Aktivitäten wesentlich für die Erhaltung auch der körperlichen und vor allem psychisch mentalen Gesundheit beiträgt, kaum verfällt. Was nicht unbedeutend ist und was unterstützt werden soll. Ich glaube, niemand von uns wünscht sich ein Volk, das nur Abend für Abend vor dem Fernsehen oder am Internet sitzt und passiv Bilder und Worte konsumiert. Mit Blick auf meine Region, wo das Kulturelle sehr lebhaft ist und wo viele Personen ihren Beitrag leisten, um etwas zu gestalten durch Musik, Theater und Malerei, und wo viele Kunstwerke, Archive und Museen zu erhalten sind, erachte ich eine finanzielle Aufstockung der Kantonsleistung, auch in einer Zeit des sorgsamen Umgangs mit den Staatsausgaben, für angebracht und sinnvoll.
Ciò detto sottolineo anch'io l'importanza dei grandi progetti come Origen, che questa volta porta di nuovo Carlo Magno tra di noi. Al meno lo porti in Engadina. Nell'Ottavo secolo è già stato a San Vittore, tra l'altro. Una rimembranza di alto valore storico, quella in onore di Carlo Magno. Credo però anche che la richiesta di Sandra Locher sia anche pensata per i piccoli, anche per i piccoli progetti nelle valli che sono anch'essi molto preziosi e di valore.

Cavegn: Mit der Kultur ist es wie mit dem Sport: Eigentlich sind alle dafür, ich habe noch nie mit jemandem gesprochen, der nicht für Sport oder Kultur wäre, nur, sobald es dann darum geht, etwas konkreter, etwas offensiver zu werden, insbesondere im Hinblick auf Beitragssprechungen oder Unterstützung von Projekten, ist man zwar immer noch nicht gegen Kultur, aber beim Tatbeweis dann nicht mehr so richtig dafür. Kultur kostet, das wissen wir alle. Mit dem vorliegenden Antrag wird der berechtigte Versuch unternommen, etwas mehr zu tun als bisher. Und dem Kanton eine etwas bessere Möglichkeit gegeben, kulturelle Leuchttürme mit professionellem Schaffen zu fördern. Nun, es geht heute um 500 000 Franken. Bei einem Budget von 2,4 Milliarden Franken, die vorwiegend aus Lasten im Bereiche Gesundheit, Soziales, Verkehr und Bildung bestehen. 2,4 Milliarden Franken, die wir nachher etwa in einer halben Stunde dann durchwinken werden. Es stünde dem Kan-

ton Graubünden gut an, nicht nur die immer grösser werdenden Lasten in den genannten Bereichen zu tragen, sondern auch innovative Projekte, wie das Kulturfestival Origen, vielleicht aber auch die Opera Viva in Obersaxen, wie Grossratskollege Sax gesagt hat, zu unterstützen. Projekte, die aus langjähriger Knochenarbeit entstanden sind und die dem Kanton bereits heute über die Kantonsgrenzen hinaus ein kulturelles Gesicht verleihen. Es geht darum, diesen Projekten eine Entwicklungsmöglichkeit zu geben und damit letztlich auch in touristischer Hinsicht Wertschöpfung zu generieren. Grossrätin Troncana hat das vorhin eindrücklich aufgezeigt. Und es geht letztlich darum, gewissen Entwicklungen nicht entgegen zu wirken, sondern sie eben zu fördern, und zwar bereits dort, oder vor allem dort, wo die Voraussetzungen bereits gut sind, die Aufbauarbeit bereits geleistet worden ist. Als Grosser Rat würden wir ein wichtiges Zeichen setzen in einem Bereich, der in der Kantonsverfassung verankert ist, der den Kanton bereits heute verpflichtet, Kultur zu fördern. Ich bin daher für den Antrag.

Darms-Landolt: Ich unterstütze den Antrag Locher. Um es vorweg zu nehmen: Der Umstand, dass mit der beantragten Budgeterhöhung nicht nur, aber vorwiegend drei namentlich genannte professionelle Kulturinstitutionen die Nutzniesser sein werden, gefällt mir nicht so. Ich kann jedoch nachvollziehen, dass professionelle Kulturinstitutionen im Vergleich zu den Anbietern der Laienkultur eine andere finanzielle Basis brauchen, wenn sie ihre Existenz langfristig sichern wollen. Professionell Kulturschaffende sind auf ihr Einkommen angewiesen. Für ihre oft grossen und aufwändigen Produktionen benötigen sie eine entsprechende technische und bauliche Infrastruktur und personelle Ressourcen. Die Aufführungen haben eine grosse Ausstrahlung und vermögen viel Publikum anzuziehen und einen grossen Teil davon auch von ausserhalb unseres Kantons. Nachweislich schaffen diese Kulturinstitutionen Arbeitsplätze, Einnahmen für Tourismus und Gewerbe. Sie bilden einen nicht unbedeutenden Wirtschaftsfaktor, wovon sich unsere Fraktion anlässlich der vorletzten Fraktionssitzung in Riom bei einer Zusammenkunft mit Herrn Netzer überzeugen konnte. Und das nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in Gebieten, die sonst nicht gerade von wirtschaftlichem Aufschwung gesegnet sind. Positive Auswirkungen auf die Wirtschaft sind das eine; das andere ist, dass uns diese Kulturinstitutionen teilhaben lassen an grossartigen Konzerten, Schauspielen und so weiter. Und das vor Ort, im eigenen Kanton. Das sollten wir Einheimischen zu schätzen wissen. So gesehen setzen wir die Mittel für die Kultur nicht nur für die Kulturschaffenden ein, sondern ebenso für uns, das Publikum.
Nun sind die drei im Auftrag genannten Institutionen nicht die einzigen, die attraktive Aufführungen mit wirtschaftlich interessanten Auswirkungen vorweisen können. Ich denke da an das auch schon genannte Opera Viva oder auch an das Open Air Lumnezia. Auch sie, wie viele andere mehr, wären froh um mehr finanzielle Mittel seitens des Kantons und würden sie auch verdienen. Aber ist es richtig, nur weil im Moment nicht alle mehr bekommen, denjenigen, deren Fortbestand gefährdet ist, dringend benötigte Mittel zu versagen? Ich meine nein. Denn diese Budgeterhöhung, und das ist wichtig, führt nicht dazu, dass andere Kulturinstitutionen, insbesondere auch nicht die zahlreichen ebenso bedeutsamen Laienkulturinstitutionen, die Mittel gekürzt würden. Das Kulturförderungsgesetz von 1998 hat Früchte getragen, die kulturelle Vielfalt in unserem Kanton ist gewachsen, ein Erfolg. Nicht im entsprechenden Ausmass gewachsen ist das Kulturbudget. Bis die nötigen gesetzlichen Anpassungen erarbeitet und umgesetzt sind, vergeht noch viel Zeit, zu viel Zeit, um den professionellen Kulturinstitutionen den Fortbestand sichern zu können. Es wäre schade, nicht zuletzt auch aus der Sicht von Laienkulturschaffenden, die oft mit professionellen Kulturschaffenden gemeinsam tolle Projekte verwirklichen dürfen, im Nachhinein den Verlust von kulturellen Top-Anbietern zu beklagen. Stimmen Sie daher der Budgeterhöhung zu.

Bondolfi: Ich unterstütze den Antrag Locher und hoffe, dass Sie dasselbe tun. Ich hatte mir da wunderbare Notizen aufgeschrieben zu diesem Antrag. In der Zwischenzeit sind aber sämtliche Argumente, die ich vorbringen wollte, bereits dargelegt worden. Im Sinne der Effizienzsteigerung verzichte ich auf eine Wiederholung. Wenn Kultur das geistige Haus, in dem wir gemeinsam leben, ist, so appelliere ich an Sie, sorgen wir dafür, dass wir nicht obdachlos werden. Unterstützen Sie den Antrag Locher um Erhöhung des Kulturbudgets.

Augustin: Zwischenzeitlich ist vieles gesagt worden, ich versuche mich entsprechend auf das wesentliche zu konzentrieren. Lassen Sie mich fünf kurze Überlegungen dazu machen und vorweg die Mitteilung klar bekanntgeben, dass ich für Origen tätig bin. Nicht professionell, sondern unentgeltlicher Promoter bin dieses Kulturfestivals Mittelbünden und vor allem aus dieser Optik argumentieren werde und Ihnen fünf kurze Überlegungen mitteilen möchte, die dafür sprechen, dass man dem Antrag von Frau Sandra Locher zustimmt.
Zum einen geht es meines Erachtens darum, dass wir nicht nur Reden, sondern dass wir den Worten auch Taten folgen lassen. Wir haben vor zwei Sessionen im Zusammenhang mit den Wirtschaftsentwicklungsgesetz klar dafür optiert, das man eine Auslegeordnung der gesamten wirtschaftlichen Möglichkeiten und Potenziale dieses Kantons macht, inklusive kultureller Tätigkeit als wirtschaftliche Tätigkeit begriffen. Jetzt geht es darum, vor weg einmal diesen Worten Taten folgenzulassen.
Und damit bin ich bereits bei der zweiten Überlegung: Hier, heute geht es nur um eine Sofortmassnahme. Sofortmassnahme in einem bescheidenen Betrag, Frau Finanzchefin, in einem Betrag, welcher das Kantonsbudget durchaus erträgt. Es geht darum, für zwei Institutionen, die bereits auf der Basis von Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton tätig sind, nämlich die Kammerphilharmonie und das Theater Chur zum einen, und mit einer weiteren Institution, mit Origen, mit welcher man eine Leistungsvereinbarung in Angriff genommen hat, welchem das zuständige Departement auch eine Leistungsvereinbarung zugesichert hat, aus etwas nicht immer transparenten Gründen ist es bis zur Erarbeitung des

Budgets nicht zu dieser Leistungsvereinbarung und damit auch noch nicht zu einer Budgetposition im Rahmen dieses ordentlichen Budgets 2014 gekommen. Ich glaube, es bringt wenig, wenn wir jetzt Überlegungen dahingehend anstellen würden, wieso es nicht dazu gekommen ist. Entscheidend ist, dass an sich zwischen dem Kanton auf der einen und Origen auf der anderen Seite Einigkeit besteht, dass Origen künftig wie das Stadttheater, wie die Kammerphilharmonie auf der Basis einer Leistungsvereinbarung arbeiten soll.
Dritte Überlegung: Man hat gelegentlich gehört, auch in den Medien, dass die professionelle Kulturtätigkeit und die entsprechende finanzielle Unterstützung letztlich zu Lasten der Laienkultur geht. Ich sehe das genau nicht so und der Ansatz hier im Rahmen des ordentlichen Budgets eine Aufstockung zu Beantragen und zu sprechen, wirkt dahingehend, dass eben weniger Mittel dann aus dem Topf des Landeslotteriefonds für kulturelle Tätigkeit gesprochen werden müssen und sohin den dortigen Ansprechern zugutekommt. Aus dem Landeslotteriefonds werden zwar nicht nur, aber vor allem auch, die gesamten Laienkulturtätigkeiten mitfinanziert.
Eine vierte Überlegung: Wir haben, Kollege Pult hat zu Eingang dieser Session darauf hingewiesen, relativ locker mit Überzeugung und mit gutem Grund für einen Olympiakredit von 300 Millionen votiert. Das Volk hat das anders gesehen und hat den Kredit verneint. Im Vergleich zu diesen 300 Millionen entspricht die nun heute beantragte Erhöhung um 500 000 ziemlich genau 1,6 Promille.
Letzte Überlegung: Meine Damen und Herren, ich komme zurück auf das, was Frau Troncana gesagt hat. Letztlich haben wir doch in diesem Kanton alle ein gemeinsames Ziel und dieses gemeinsame Ziel ist die Beförderung der wirtschaftlichen Tätigkeit und des Wohlergehens von Land und Volk. Und Teil dieses wirtschaftlichen Wohlergehens ist auch die Kultur. Und Investitionen in kulturelle Tätigkeiten sind damit nichts anderes als Investitionen in die Wirtschaft, sind nichts anderes als Investitionen vor allem auch in die Leitindustrie unseres Kantons, in den Tourismus. Im Zusammenhang mit dem Verpflichtungskredit, den wir gestern Abend und heute Morgen beraten haben, sind einige Stichworte gefallen, die meines Erachtens genau für diesen Antrag sprechen. Frau Stiffler hat davon gesprochen, dass wir Investitionen bräuchten in intelligenten Tourismus. Was, wenn nicht Kulturtourismus intelligenter Tourismus ist? Kollege Kunz hat davon gesprochen, dass Produkte nötig seien. Hier haben wir konkrete Produkte, sei es am Stadttheater, sei es mit der Kammerphilharmonie, sei es und vor allem mit dem Projekt Origen im 1200-jährigen Gedenksjahr Karls des Grossen. Mehrfach wurde davon gesprochen, vor allem auch durch den GPK-Präsidenten, und ich möchte die GPK damit ein bisschen aufmuntern, nicht allzu stur zu sein, Emotionen und Erlebnisse müssten geweckt werden. Es war die Rede davon, dass es Innovation brauche und nicht immer das gleiche mehr, so Regierungsrat Trachsel. Grossrat Engler hat davon gesprochen, dass es Kooperationen über die Regionen bräuchte. Es brauche schliesslich und damit schliesse ich dann mit den Zitaten, ein Engagement mit eigenem Geld, so hat uns Grossrat Kunz gelehrt. Nun, genau das, meine Damen und Herren, macht vor allem das Projekt Origen. Hier wird mit eigenem Geld des Intendanten gearbeitet. Er bezieht nämlich keinen Lohn, sondern lebt bescheiden von seiner Lehrtätigkeit im Lyceum Alpinum in Zuoz. Hier wird mit eigenem Geld seiner eigenen Familie Cash oder auch in Arbeit seiner Eltern tatsächlich etwas geleistet. Hier wird über die Regionen im Karlsjahr produziert, nämlich in Müstair, im Oberengadin und in Mittelbünden. Und vor allem, Origen ist einzigartig. Das können Sie nirgend anders besuchen als hier in Graubünden, hier bei uns. Es weckt Emotionen, denken Sie nur an die vorgesehene Produktion von Karl im Schnee im Oberengadin in Silvaplana, wie Gemeindepräsidentin Troncana uns erzählt hat. Oder denken Sie daran, dass auf dem Julierpass die Königin von Saba König David besucht hat, dass auf dem Marmorerasee letzten Sommer die Sintflut gespielt wurde und zu erleben war. Denken Sie nur auch an letzten Sommer, dass Tanzprofis aus Wien und Amsterdam in der Burg in Riom tanzten. Dies gibt es nur hier bei uns, dies gibt es weiterhin, wenn wir diesem Antrag von Frau Locher zustimmen würden.

Krättli-Lori: Wir haben uns in der KBK anlässlich einer Sitzung im November ausführlich über Kultur und Kulturförderung in unserem Kanton auseinandergesetzt und informieren lassen. Wir haben anschliessend auch eine intensive Diskussion darüber geführt, ob seitens der KBK eine Budgeterhöhung beantragt werden soll. Die Mehrheit der KBK war dann aber der Meinung, dass zuerst die mit dem Auftrag Claus in Auftrag gegebene und von der Regierung inzwischen in Aussicht gestellte Auslegeordnung gemacht werden soll. Diese soll zeigen, welche Zielsetzungen in Zukunft verfolgt werden, welche Schwerpunkte gesetzt werden und welche Bereiche auch im Sinne einer guten Wirtschaftspolitik in unserem Kanton und für die Regionen gefördert werden sollen. Im Rahmen dieser Auslegeordnung muss aus meiner Sicht aber auch darüber diskutiert werden, ob die innerhalb der letzten 14 Jahre erfolgte Kostensteigerung in diesem Bereich im gleichen Rahmen, im gleichen Umfang fortgesetzt werden soll, oder besser gesagt, werden kann. Ich möchte daran erinnern, gemäss Antwort der Regierung auf die Anfrage Pult wurde für die Kulturförderung im Jahre 1998 ein Betrag von insgesamt 3,7 Millionen ausgegeben. 14 Jahre später, also im Jahre 2012, waren es bereits 9,3 Millionen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf den in den vergangenen Wochen viel diskutierten Vergleich der Staatsausgaben hinweisen. Hier ist festzustellen, dass wir im Vergleich mit den andern Kantonen gar nicht so schlecht dastehen. Im Gegenteil, wie in vielen anderen Bereichen liegen wir auch im Bereich Kultur, Sport und Freizeit bei dem pro Kopf Ausgaben weit vorne. Ja, wir liegen dort sogar an 4. Stelle hinter Basel, Genf und Obwalden. Ich denke, unser Ruf als Subventionsjäger verpflichtet uns gerade dazu dafür besorgt zu sein, dass wir bei den Staatsausgaben eben nicht auch noch in allen Bereichen so weit vorne rangiert sind.
In der Gesamtbeurteilung bin ich deshalb zum Schluss gekommen, dass ich auf Grund der uns vorliegenden Unterlagen einer Budgeterhöhung heute nicht zustimmen

werde. Ich möchte jedoch klarstellen, wenn ich diesem Antrag um Budgeterhöhung nicht zustimmen werde, heisst das nicht, dass ich mich gegen die Kulturförderung ausspreche. Dem ist überhaupt nicht so. Ich möchte aber das Vorgehen gemäss Auftrag Claus unterstützen, wonach zuerst eben eine Auslegeordnung erstellt wird, die zu verfolgende Strategie und Zielsetzung definiert wird und dann eben eventuell entsprechende Schwerpunkte gesetzt werden. Aus den dargelegten Gründen bitte ich Sie, den Antrag um Erhöhung des Budgets heute abzulehnen.

Jeker: Ich unterstütze den Vorstoss Claus. Ich kann mich aber auch anfreunden mit dem Antrag Locher. Warum? Ich bin zwar wirklich kein Kulturfachmann. Origen liegt mir in diesem Punkt, das wissen Sie, am nächsten. Origen heisst für mich auch Herr Netzer. Er ist ein Macher, ein Könner. Ohne Netzer gäbe es sicher kein Origen. Und da erlaube ich mir eine persönliche Bemerkung zu machen. Ich kenne Herrn Netzer schon viele Jahre, auch Familie Netzer in Savognin. Haben Sie ein bisschen Nachsicht. Herr Netzer geht in seinem jugendlichen Übermut ab und zu etwas zu weit. Auch wenn er die Fristen verpasst. Aber ich meine, seine Arbeit müssen wir verdammt ernst nehmen. Ich trete lieber ein für die Idee der Kulturfachleute, als dass man den Pärken die Gelder so quasi nachwirft. Und es geht mir nicht um Promille, überhaupt nicht. Die Wertschöpfung aber der Kulturveranstaltungen, die wird nach meiner Meinung dann doch etwas überschätzt. Und trotzdem unterstütze ich grundsätzlich diese Idee. Die gesellschaftliche Bedeutung, die ist für mich in diesem Punkt das Wichtigste. Aber und jetzt erlaube ich mir doch noch zwei, drei Bemerkungen loszuwerden, die mich immer wieder beschäftigen, wenn ich mit Fachleuten aus der Kultur spreche, von ihnen lese, seien es Leserbriefe oder weiss sonst was. Auch Kulturschaffende müssen wissen, solche Gelder müssen zuerst verdient werden. Ich erwarte von den Kulturschaffenden eine wirtschafsfreundlichere Haltung. Und ich glaube, das dürfen wir. Und nehmen Sie es mir bitte nicht übel. Die Kulturbarone, es hat solche im Kanton, sollen eine andere Kultur pflegen, eben eine wirtschaftsfreundlichere Kultur. Und zur Erinnerung: Giovanni Netzer war nicht gegen Olympia. Ja, das ist so. Die Haltung, und jetzt komme ich zum zweiten Punkt, die Haltung der Kulturbarone gegenüber dem Sport muss sich grundsätzlich ändern, positiv verändern. Diesen Appell, diese Botschaft möchte ich hier ganz bewusst platzieren. Ich meine, wir machen keinen Fehler, wenn wir hier und heute nun eine Ausnahme machen.

Märchy-Caduff: Es ist wirklich alles oder fast alles gesagt worden. Einen Gedanken möchte ich aber noch hervorheben und ihn vor allem den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden mitgeben. Das Engagement der Laien im Kulturschaffen in den Gemeinden und Regionen, ich denke da an die unzähligen Chöre, Musikgesellschaften, Theatervereine und so weiter, dieses Engagement ist grossartig, wertvoll und für unsere Gesellschaft eine wunderbare Bereicherung. Diese Einsätze verdienen Anerkennung und grossen Dank und bestimmt auch eine angemessene finanzielle Unterstützung. Und hier möchte ich den Appell an die Gemeinden richten, ihre Kulturschaffenden in den Regionen auch zu Unterstützen. Beim Antrag von Grossrätin Locher um Erhöhung der Kulturbudgets geht es heute um das professionelle Kulturschaffen in Graubünden, das sich ja in den vergangen Jahren verändert hat und gewachsen ist. Der Tourismus und die Wirtschaft profitieren davon. Die Wertschöpfung ist gross. Bedeutend ist auch die Ausstrahlung der Bündner Kulturschaffenden nach aussen über die Kantons- und sogar über die Landesgrenzen hinaus. Sie sind fantastische Botschafter, die mit ihrem Können und Angebot die beste Werbung für Graubünden machen. Eine stärkere finanzielle Unterstützung durch den Kanton ist mehr als gerechtfertigt. Setzten wir jetzt ein Zeichen und unterstützen den Antrag Locher.

Pedrini; GPK-Präsident: Ich kann mich kurz fassen. Die Rolle und die Bedeutung der Kultur wurde sehr gut von Frau Locher und von anderen Ratsmitgliedern erklärt. Ich bestreite Ihre Ausführungen ganz und gar nicht. Die Rolle der GPK ist aber auch klar, obwohl wir als stur abgestempelt werden. Art. 93 Abs. 2 der Kantonsversatzfassung sieht vor, dass der Finanzhaushalt unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung mittelfristig ausgeglichen sein soll. Das wurde schon gestern von Herrn Pult erwähnt. Der finanzpolitische Richtwert Nummer eins, den wir, wir der Grossrat, festgelegt haben vor einem Jahr, also 2012, sieht vor, dass der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung maximal 50 Millionen sein sollte. Das Budget sieht 2014 sieht einen Aufwandüberschuss von 50,2 Millionen vor. Darum bleiben wir konsequent mit unserem Entscheid und opponieren gegen jede Budgetverschlechterung. Wir haben auch das Thema Kultur mit Regierungsrat Martin Jäger anlässlich unseres Treffens thematisiert. Er hat behauptet und er wird es heute vermutlich auch tun, dass die Aufwände für die Kultur mit rund 4,5 Millionen aus ordentlichen Mitteln und rund 4,8 Millionen aus der Spezialfinanzierung Landeslotterie nahezu gleich hoch sind wie in den letzten Jahren. Obwohl gerade in seinem Departement die Ausgaben massiv zugenommen haben. Stichworte dazu Revision Schulgesetz und Umsetzung Gesetz über die Hochschulen und Forschung. Und die Ausgaben innerhalb des Departementes haben kompensiert werden müssen. Das heisst, er hat eine Kompensation durchführen müssen. Wir haben auch erfahren, dass dieses Thema auch in der Kultur- und Bildungskommission lange diskutiert wurde und dass sich keine Mehrheit in einer Konsultativabstimmung für eine Erhöhung ausgesprochen hat, obwohl diese Mitglieder sicher sehr kulturnahe Parlamentarier sind, aber eine Gesamtsicht ist offenbar auch für diese Grossräte sehr wichtig. Im August wurde der Auftrag Claus überwiesen, ich habe ihn übrigens auch unterschrieben, der eine Totalrevision des Kulturförderungsgesetzes vorsieht sowie eine Strategie bzw. ein Leitbild der kantonalen Kulturpolitik fordert. Frau Krättli hat bei ihrem Votum das bestätigt. Wir sind gut beraten, diese Auslegeordnung abzuwarten und keinen Schnellschuss zu machen. Im Namen der GPK bitte ich Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Pult: Es war eine sehr reife, eine sehr interessante Debatte und ich hätte eigentlich nichts sagen wollen. Aber ich glaube, wenn wir so breit über das Verständnis von Kultur und die Rolle, die die öffentliche Hand als wesentliche Finanziererin von Kultur einnehmen soll, besprechen, muss vielleicht ein Aspekt auch noch erwähnt werden, gerade auch nachdem wir das Votum vom geschätzten Kolleggen Leo Jeker gehört haben. Mit einer seiner Aussagen bin ich sehr einverstanden. Kultur hat vor allem einen gesellschaftlichen Wert. Sie kann auch einen ökonomischen Wert erzeugen, mithelfen einen ökonomischen Wert zu erzeugen, aber das darf eigentlich wie nicht das Ziel sein, denn Kultur hat einen Wert an sich, dass hat Leo Jeker sehr treffend gesagt. Eine andere Aussage kann ich verstehen aus seiner Warte, respektiere ich auch, halte ich aber dann doch zumindest für replikwürdig. Kultur, das wichtigste für eine demokratische freiheitliche Kulturpolitik, ist immer die Freiheit und die Unabhängigkeit der Kultur. Das ist wahrscheinlich noch wichtiger als die Finanzierung für die Kultur und deshalb tun wir alle gut daran, egal von welcher Seite wir kommen, nicht der Kultur zu sagen, was sie zu sagen hat, was sie zu machen hat, sondern sie zu fördern, vor allem aber auch ihr ihre völlige Freiheit zu lassen.

Tenchio: Viele Voten sind gefallen. Ich bitte Sie selbstverständlich, den Antrag von Frau Locher zu unterstützen, möchte etwas aber klarstellen. Wenn das auch vielleicht heute nicht explizit so in den Raum gestellt worden ist, vielleicht im Hintergrund könnte man sich hingerissen fühlen, sich von diesem Gefühl leiten zu lassen. Das ist sicher kein Antrag für die Stadt Chur, um deren Finanzen zu sanieren. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis. Die Stadt Chur trägt seit Jahren mit einem Beitrag von 860 000 Franken an den Betrieb des Stadttheaters Chur bei. Wir haben das auch im Budget 2014, unser Stadtpräsident hat das Ihnen dargelegt, welches am 12. Dezember dieses Jahres verabschiedet werden wird. Es ist keine Sanierung, keine heimliche Sanierung der Stadt Chur. Ja, Christian Hartmann, es ist so. Das Stadttheater wurde am 1. August 2010 in eine selbständige Stiftung überführt, ist also nicht mehr Teil der Stadt Chur, also unabhängig. Vor diesem Hintergrund wären solche Befürchtungen fehl am Platz.

Della Vedova: Als Finanzminister einer Gemeinde, die mit einer schwierigen Finanzlage konfrontiert ist, und somit tendenziell geizig ist, aber gleichzeitig als Mitglied einer Legislative auf kantonaler Ebene, die oft grosszügiger ist, befinde ich mich oft in einem Dilemma. Dieses Mal aber nicht, meine Damen und Herren. In der Tat haben wir dieses Jahr auf kommunaler Ebene keine Kürzungen vorgenommen, was die Kultur anbelangt, obwohl der Druck in diese Richtung gross gewesen ist. Somit unterstütze ich mit gutem Wissen und Gewissen den Antrag Locher.

Standespräsident Michel: Wir schalten nun die Mittagspause ein, aber vor sie gehen, muss ich Ihnen, Sie sehen hier, das sind Pillen, eine bittere Pille noch verabreichen. Und zwar kommen wir nicht umhin, eine Abendsitzung zu machen. Nach Rücksprache mit der PK werden wir die Nachmittagspause etwas später machen und durchmachen bis 19.00 Uhr anstatt 18.00 Uhr. Trotzdem sind wir darauf angewiesen, dass alle weiterhin kompetent, kurz und knapp mitarbeiten. Ich wünsche an Guata, bis um 14.00 Uhr.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Peter Michel

Der Protokollführer: Patrick Barandun